

# HAMBURG Debatte

# 3

November 2010  
Schwerpunkt:  
Krieg oder Frieden

Neuer Imperialismus und Völkerrecht

Über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten

Die Militarisierung der EU

Der Kampf für den Frieden kann nur ein antifaschistischer sein

Kontrovers: Krieg und Frieden im Programmtext

Gaza - ein Landstrich ohne Hoffnung

Der Krieg gegen Serbien

Ein Teufelskreis: Krieg - Flucht - Abschottung - Abschiebung

Bis an die Zähne bewaffnet, aber kein Geld für Zahnersatz...

Kirchen sind Teil des militärdeologischen Komplexes

Atomwaffen sind Mord - der Mord muß beendet werden

Kampf ums Klassenzimmer

Mit Kapitalismus ist auch in Zukunft kein Frieden zu machen!

Friedensstadt Hamburg?

Idee und Niedergang: Rüstungskonversion und Produktmitbestimmung

Rüstungsschmiede Blohm + Voss

# Krieg oder Frieden

Liebe Leserinnen und Leser,

Krieg oder Frieden - diese Frage ist nicht nur für unsere Partei, sondern für die gesamte Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Man sollte meinen, dass es angesichts der Tatsache, dass Deutschland zwei Weltkriege mit unvorstellbaren Opfern und Leid angezettelt und verloren hat, hier keinen Streit mehr geben kann. Das Bekenntnis „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ war der wohl einzige Grundkonsens beider deutscher Republiken nach 1945. Er hielt bis zum Untergang der DDR und ihrer Übernahme durch die BRD. Die direkte oder auch nur indirekte Beteiligung an den Kriegen gegen Ex-Jugoslawien, Afghanistan und Irak beendete die kurze Epoche des „friedlichen Deutschlands“. Horst Köhlers letzte Wahrheit vor seinem Rücktritt lautete, dass im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig sei, um „unsere“ Wirtschaftsinteressen zu wahren. Empörung und der Vorwurf imperialen Denkens war die Reaktion.

Dabei hatte er nur Recht und Baron zu Guttenberg stimmte ihm nun ausdrücklich zu - denn er sagte im Kern nichts anderes als das, was der französische Sozialist Jean Jaurès 1895 seinen Landsleuten vorgehalten hatte: „Eure gewalttätige und chaotische Gesellschaft trägt immer, selbst wenn sie den Frieden will, den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“. Weniger poetisch sprach Rosa Luxemburg keine zwanzig Jahre später vom Imperialismus als „politischen Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus“.

Von dieser Auseinandersetzung um die Möglichkeit, Frieden in unserer „gewalttätigen und chaotischen Gesellschaft“ (sprich im Kapitalismus) zu schaffen, handelt auch diese Ausgabe der Hamburg Debatte. Mit Blick auf den Entwurf für unser neues Grundsatzprogramm stellen wir einige Hamburger Standpunkte zu strittigen Fragen vor. Darunter die Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Zukunft bzw. das Ende von Bundeswehr und NATO, die Militarisierung der EU und der Einzug des Militärs in unsere Klassenzimmer. Dazu informieren wir über den Kriegsschiffsbau in Hamburg und die Bemühungen um Rüstungskonversion. Von den zahlreichen Kriegen, die aktuell auch die deutsche Politik bestimmen oder herausfordern, haben wir nur zwei in die Debatte aufgenommen, den Krieg gegen Serbien und den Krieg um Gaza.

Wir wissen, dass wir mit diesen Themen nur einen sehr begrenzten Ausschnitt der Friedenspolitik erfassen. Wir werden deshalb in einem weiteren Heft den Blick stärker auf die ökonomischen und ökologischen Konfliktursachen lenken und uns den Alternativen ihrer Überwindung widmen. Bis dahin wünschen wir eine interessante und zur weiteren Debatte einladende Lektüre,

Eure Redaktion

<b>Krieg oder Frieden</b> Editorial	<b>2</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>2</b>
<b>Neuer Imperialismus und Völkerrecht</b> Norman Paech	<b>3</b>
<b>Impressum</b>	<b>4</b>
<b>Über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten</b> Jan van Aken	<b>5</b>
<b>Die Militarisierung der EU</b> Sabine Wils	<b>7</b>
<b>Der Kampf für den Frieden kann nur ein antifaschistischer sein</b> Saskia Mestern	<b>9</b>
<b>Kontrovers: Krieg und Frieden im Programmwurf</b> mit Beiträgen von Gunhild Berdal, Hartmut Ring, Herbert Schulz und Wolfgang Mix	<b>10</b>
<b>Naomi Klein - Schockstrategie</b> Buchtipps von Annette Sawatzki	<b>15</b>
<b>Gaza - ein Landstrich ohne Hoffnung</b> Sönke Wandschneider	<b>16</b>
<b>Der Krieg gegen Serbien</b> Rule von Bismarck	<b>17</b>
<b>Ein Teufelskreis: Krieg - Flucht - Abschottung - Abschiebung</b> Karin Haas	<b>19</b>
<b>Bis an die Zähne bewaffnet, aber kein Geld für Zahnersatz...</b> Horst Bethge	<b>21</b>
<b>Kirchen sind Teil des militärdeologischen Komplexes</b> Christian Arndt	<b>23</b>
<b>Atomwaffen sind Mord - der Mord muß beendet werden</b> Tony Schinkowski und Gunhild Berdal	<b>24</b>
<b>Harald Welzer - Klimakriege</b> Buchtipps von Annette Sawatzki	<b>25</b>
<b>Kampf ums Klassenzimmer</b> Christian Stache	<b>26</b>
<b>Mit Kapitalismus ist auch in Zukunft kein Frieden zu machen!</b> Landesverband [solid] Hamburg	<b>27</b>
<b>Friedensstadt Hamburg?</b> Hartmut Ring und Horst Bethge	<b>28</b>
<b>Idee und Niedergang: Rüstungskonversion und Produktmitbestimmung</b> Udo Schuldt	<b>30</b>
<b>Rüstungsschmiede Blohm + Voss</b> Lühr Henken	<b>31</b>

# Neuer Imperialismus und Völkerrecht

Als Horst Köhler, damals noch Bundespräsident, die Katze aus dem Sack ließ und bekannte, „dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen,“ empörte sich insbesondere die SPD. Ihr Struck habe mit den Interessen am Hindukusch die Sicherheit vor Terror gemeint, die SPD führe keine Wirtschaftskriege. Ich bin mir nicht sicher, ob das damals in der schwarz-roten und heute in der schwarz-gelben Koalition so eng gesehen wurde und wird. Im Weißbuch von 2006 steht zumindest, dass die Sicherheitspolitik Deutschlands auch von dem Ziel geleitet werde, die „Interessen unseres Landes“ zu wahren und den „freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstandes zu fördern“. Die „Sicherheitspolitik“ ist im Weißbuch sehr weit gefasst und der „freie Welthandel“ gehört ebenso dazu, wie „unser Wohlstand“, den Köhler mit „Arbeitsplätze und Einkommen“ umschrieb. Diese Interessen sind legitime Interessen eines jeden Staates, die er mit allen politischen und diplomatischen Mitteln zu vertreten hat. Die Frage ist nur, ob und inwieweit das Militär zu ihrer Sicherung eingesetzt werden darf.

Die USA bekennen sich mit ihrer National Security Strategy von 2002/2006 ganz ungeschminkt zur Aufgabe des Militärs, den ungehinderten Zugang zum Erdöl der Golfregion zu sichern und handeln auch danach. In Deutschland nimmt die Zahl der akademischen Apologeten des Krieges zu. Einer ihrer umtriebigen Vertreter meint, dass es sich dabei um die „Herstellung von imperialer Ordnung zwecks Absicherung von Wohlstandszonen an den Rändern“ handle. Entsprechend der militärische Prägung jeder imperialen Ordnung wird der Krieg als unvermeidbares Mittel der Absicherung eingeplant: „Der Zwang zu einer zunehmenden Politik der Intervention ist auch die Reaktion auf die Konsequenzen der Globalisierung an der Peripherie“. Münkler will nur bestimmte „zentrale Bereiche in die Wohlstandszonen“ einbeziehen und der imperialen Ordnung unterwerfen. „In diesem Modell gibt es zentrale Regionen, die müssen inkludiert, also territorial kontrolliert werden – das ist zum Beispiel die Golfregion.“ Der Rest soll draußen bleiben, was wiederum wenig zum Frieden beitragen wird. Denn „es steht [...] außer Frage, dass an diesen neuen ‚imperialen Barbieregrenzen‘ der Krieg endemisch wird, nämlich in Form von Pazifizierungskrieg aus dem Zentrum in die Peripherie hinein und in die Form von Verwüstungskrieg aus der Peripherie ins Zentrum.“<sup>1</sup> Als Proben dieses „Pazifizierungskrieges“ dürfen wir die Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan, den Irak und wahrscheinlich demnächst gegen Iran begreifen, die nur notdürftig mit der Anrufung der Menschenrechte und dem Kampf gegen Terror und Massenvernichtungsmitteln legitimiert werden können. Der „Verwüstungskrieg aus der Peripherie“ meint die verschiedenen Terroranschläge seit dem 11.9.2001. Die unterschiedlichen Begriffe täuschen bewusst über das jeweilige Ausmaß der Verwüstungen beider Kriegstypen

hinweg. Ja, wir werden aufgefordert, „die Kategorie des Imperiums in Zukunft [...] als eine alternative Ordnungskategorie des Politischen, nämlich als Alternative zur Form des Territorialstaates“ zu akzeptieren. Das derart installierte imperiale Gewaltverhältnis preist dieser Zyniker der Gewalt deshalb als „Friedensgarant“, als „Aufseher über politische, kulturelle Werte und Absicherer großräumiger Handelsbeziehungen und Wirtschaftsstrukturen“. Dem Autor bleibt dabei offensichtlich verborgen, wie sehr er damit in Vorstellungen des Wilhelminischen Zeitalters, der Hochzeit des Imperialismus zurückfällt.

Der moderne Imperialismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts hatte viele Facetten: Expansion und Ausdehnungsdrang sind dem Kapital stets immanent. Verwertungszwang und Konkurrenz drängen nicht nur zur Konzentration und Monopolbildung, sondern auch zur Expansion über die Grenzen des Nationalstaates. Auf der Basis dieser Dynamik wird der Staat aktiv unter Einsatz seiner rechtlichen, diplomatischen und militärischen Mittel, um die Widersprüche im Inneren (Arbeiterparteien, Gewerkschaften) repressiv zu steuern und die Widersprüche nach außen (Konkurrenz zwischen den Staaten, Widerstand der Kolonien) militärisch zu lösen. Bismarcks Bündelung von Sozialgesetzgebung, Sozialistenverfolgung und Kolonialpolitik ist dafür ein klassisches Beispiel.

Imperialismus bedeutet ganz allgemein auch heute noch die gewaltsame Ausdehnung des Herrschaftsanspruchs über die nationalen Grenzen hinaus. Imperialistische Politik bezeichnet die Methoden der Eroberung und Verwaltung einer Region, um deren Ressourcen für die eigene Entwicklung und Wohlstand auszubeuten: mittels Raub, Plünderung, Kolonialgesellschaften, tributpflichtiger Staaten, Vasallenregimes und Protektoraten. Es geht um die direkte politische, ökonomische und militärische Kontrolle strategisch wichtiger Räume und Kommunikationswege (z.B. Kanäle, Wasserstraßen). Kurz: Imperialismus ist ökonomische Herrschaft plus militärische Gewalt.

In der Dynamik der imperialen Okkupation aller Ressourcen der Erde finden wir sämtliche Mittel der Politik, von der Drohung über die Erpressung, Täuschung und Bestechung bis hin zur gezielten militärischen Intervention und zum klassischen Krieg. Aus der Perspektive der Länder, die eher zum Schlachtfeld als zur Kommandozentrale der zukünftigen Kriege gehören werden, ist die Wahrnehmung dieses Schicksals besonders nüchtern und klar. So bei dem indischen Schriftsteller Amitav Ghosh, der die „Verbindung von Kapitalismus und Imperium“ knapp zusammenfasst: „...die weltweiten Erfahrungen der vergangenen 15 Jahre (deuten) darauf hin, dass ungebremster Kapitalismus unweigerlich imperiale Kriege und die Expansion von Imperien auslöst. [...] Wir befinden uns in einer Periode außergewöhnlicher Instabilität und Angst, konfrontiert mit der Aussicht auf eine ständige Ausbreitung nur notdürftig getarnter Kolonialkriege [...]. Mit anderen Worten: Die Verbindung von Kapitalismus und Imperium bedeutet ein Programm des permanenten Krieges...“<sup>2</sup>

Das klingt nicht fein und erinnert an die gewaltsame Aufteilung Afrikas am Ende des 19. Jahrhunderts. Der Imperialismusbegriff wird deshalb gemieden und mit den Begriffen der Globalisierung und humanitären Intervention umhüllt. Hingegen spricht man gern vom „chinesischen Imperialismus“, obwohl dessen Expansionsstrategie in Afrika ein wesentliches Merkmal des Imperialismus fehlt: die militärische Gewalt.

Mit dem Krieg gegen Jugoslawien begann sich ein weiteres Charakteristikum durchzusetzen, welches an den „gerechten Krieg“ vergangener Epochen wieder anknüpft und bewusst die moderne Völkerrechtsordnung untergräbt. Ob die Kriege „Desert Storm“ oder „Enduring Freedom“ heißen, in keiner der außenpolitischen Grundsatzreden fehlt die Berufung auf die „rule of law“, die internationale Rechtsstaatlichkeit oder das Völkerrecht. Sie findet sich ebenso in der Neuen NATO-Strategie, die dem Nordatlantikpakt im April 1999 definitiv einen neuen offensiven, weltweiten Interventionsauftrag gegeben hat, wie in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA von 2002/2006. Die Anrufung des Völkerrechts gleicht allerdings zunehmend einem leeren Ritual, mit dem die

**Mit dem Krieg gegen Jugoslawien begann sich ein weiteres Charakteristikum durchzusetzen, welches an den „gerechten Krieg“ vergangener Epochen wieder anknüpft und bewusst die moderne Völkerrechtsordnung untergräbt.**

Aggressoren versuchen, ihren militärischen Interventionen die fehlende Rechtsbasis nachzureichen. Der Ruf nach der Reform der UNO und der „Fortentwicklung“ des Völkerrechts wird gerade von den Staaten am lautesten vorgetragen, deren globale Ordnungsinteressen sich am stärksten durch die Institutionen

der UNO und ihrer Charta eingeengt fühlen, die sie durchbrechen wollen. An die Stelle der UNO-Charta und der allgemeinen Völkerrechtsprinzipien treten die modernen Strategiepapiere der USA, NATO und der EU. Sie haben sich weitgehend von dem absoluten Gewaltverbot der UNO-Charta emanzipiert und enthalten deutliche Hinweise auf militärische Interventionen in jenen Regionen, in denen die Staaten ihre zentralen ökonomischen und politischen Interessen gefährdet sehen. Ultima ratio der Legitimation ist letztlich die Effektivität der Anwendung von Gewalt. Wer gewinnt hat Recht. Wer erinnert sich bei der gegenwärtigen Neuordnung des Irak noch daran, dass sie erst durch den Überfall der USA, ein schweres Kriegsverbrechen, notwendig geworden ist?

Das Sprachrohr des US-Foreign Office, die Zeitschrift Foreign Affairs, erklärte uns noch 2002: „Vom Sudan über Afghanistan nach Sierra Leone und Somalia. Wenn solche Machtvakuen in der Vergangenheit Großmächte gefährdeten, hatten diese eine schnelle Lösung bereit: Imperialismus [...]. Die Logik des Neoimperialismus ist für die Bush-Administration zu überzeugend, um ihr zu widerstehen. Das Chaos in der Welt ist zu gefährlich, um ignoriert zu werden.“<sup>3</sup> Welche Alternative hätte Obama heute, wenn er wirklich den Bruch mit Bushs „Neuer Weltordnung“ wagen würde, um seine Gesprächs- und Verhandlungsangebote in eine dauerhafte Friedensord-

nung umzusetzen? Es wäre keine andere Alternative als die, die sich Roosevelt und Churchill 1941 bot, als sie auf den Trümmern des Völkerbundes eine Friedensordnung suchten, die nach dem Sieg über Hitler und den Faschismus in Kraft treten sollte: die UNO und das durch sie repräsentierte Völkerrecht. Alle Versuche, sich unter dem Vorwand ihres Alters und der mangelnden Eignung, die modernen Konflikte zu befrieden, von diesen Institutionen zu befreien, führen zurück in die gewalt- und kriegsbestimmten Herrschaftsformen des Imperialismus. Die Stärksten beherrschen die Regionen ihrer Interessen auf der Basis der Unterwerfung, der Vasallität und des Protektorats. Diese Herrschaftsordnung ist das Gegenteil einer Friedensordnung, die allein auf der Basis der Gleichheit der Staaten, der Achtung ihrer Souveränität, des absoluten Gewaltverbots und des Völkerrechts aufgebaut werden kann. Die Kriege der Gegenwart sind nicht einer schlechten und unvollkommenen Völkerrechtsordnung geschuldet, sondern der schlechten und unvollkommenen Rechtskultur der Staaten und ihren Interessen.

**Norman Paech**, Prof. em. für Völkerrecht, 2005-2009 als Abgeordneter der Hamburger LINKEN außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag

- 1) H. Münkler in: H. Münkler, D. Senghaas, Alte Hegemonie und Neue Kriege. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5' 2004, S. 539 ff., 549 f.
- 2) A. Gosh, Das Leben in Amerika ist angenehm. Aber kein Modell für alle, in: Die Zeit Nr. 18, 2005.
- 3) S. Mallaby, The Reluctant Imperialist: Terrorism, Failed States, and the Case for American Empire, in: Foreign Affairs, 2/2002, S. 2 ff., 6.

Impressum:

**Hamburg Debatte**

Debattenorgan des Landesverbandes Hamburg der Partei DIE LINKE  
Herausgeber: Landesvorstand DIE LINKE. Hamburg  
Kreuzweg 7, 20099 Hamburg - www.die-linke-hh.de  
V.i.S.d.P.: Tilman Rosenau  
redaktion@die-linke-hh.de

Redaktion: Horst Bethge, Kristian Glaser, Christian Kruse, Tilman Rosenau, Annette Sawatzki  
Erweiterte Redaktion: Ingrid Kurz, Uli Ludwig, Hartmut Obens, Norman Paech, Udo Schuldt

Mitarbeit an diesem Heft: Christian Arndt, Gunhild Bernal, Karin Haas, Lühr Henken, Rörd Hinrichsen, Robert Jarowoy, Wolfgang Kirstein, Linksjugend [‘solid] Hamburg, Saskia Mestern, Wolfgang Mix, Hartmut Ring, Brigitte Schiffler, Tony Schinkowski, Herbert Schulz, Christian Stache, Jan van Aken, Rule von Bismarck, Sönke Wandschneider, Sabine Wils

Layout: Christian Kruse

Copyright: Creative Commons Licence (BY-NC-SA Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, Weitergabe aus dieser Zeitschrift unter gleichen Bedingungen)

Bestellung und Bezug: gegen Spende in Druck- oder Mailversion, per Post oder in Selbstabholung  
Druck: An der Uni PRINT- und COPYHAUS GmbH  
Auflage: 1.500  
Redaktionsschluss: 27.9.2010

# Über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten

Die LINKE ist sich einig: Wir sind die Partei des Friedens. Wir lehnen Kampfeinsätze der Bundeswehr ab. Punkt. Dafür würden auf jeder Ortsversammlung und jedem Parteitag gefühlte 150 % unserer Mitglieder stimmen. Und gerade das Friedensthema ist für sehr viele LINKE eine echte Herzensangelegenheit, bei der die Emotionen hochkochen und die Einsatzbereitschaft besonders groß ist. Beim Frieden kennen wir keine Kompromisse.

Das Problem ist nur, dass die Partei sich oft nicht einig ist, wenn es um die Details geht - wichtige Details, die im wirklichen Leben eine ganz reale und entscheidende Rolle spielen können. Sollen Bundeswehrsoldaten im Sudan stationiert werden, um dort den Nord-Süd-Friedensprozess abzusichern? Sollen die Vereinten Nationen eine Küstenwache am Horn von Afrika organisieren, um an Stelle der NATO und der EU dort den Schiffsverkehr zu sichern? Mit diesen Fragen sind wir als Bundestagsfraktion konfrontiert, und hier werden immer wieder Differenzen innerhalb von Fraktion und Partei offenbar.

Eines vorweg: Das hat nur manchmal etwas mit der Frage „Regieren oder Opponieren?“ zu tun. Ich persönlich hätte zum Beispiel kein prinzipielles Problem mit einer Regierungsbeteiligung der LINKEN, würde aber sehr rigide und klar definierte Grenzen für Auslandseinsätze ziehen. Es ist also weniger eine taktische Diskussion als eine von Weltanschauung und unterschiedlichen politischen Linien geprägte.

Im Mittelpunkt der Diskussion stehen oft die Kapitel VI und VII der Charta der Vereinten Nationen. Das Kapitel VI der UN-Charta trägt die Überschrift: „Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten“ (vielleicht sollten wir der Satzung der LINKEN auch mal ein solches Kapitel anfügen?). Vereinfacht gesagt sind Einsätze nach Kapitel VI Blauhelm-Einsätze, bei denen die UN-Truppen nicht in einem Krieg oder Konflikt kämpfen, sondern - in der Regel nach einem Krieg - mit Zustimmung aller Beteiligten den Friedensprozess unterstützen<sup>1</sup>. Dazu gehört zum Beispiel die Überwachung eines Waffenstillstands, die Entwaffnung von ehemaligen Kriegsparteien mit deren Zustimmung oder die Kontrolle von entmilitarisierten Zonen. Gewalt darf dabei von UN-Kräften ausschließlich zur eigenen Selbstverteidigung angewandt werden. Auch die Blauhelme werden unterschiedlich gesehen in unserer Partei: ich persönlich habe kein Problem mit solchen Blauhelm-Einsätzen (war ich doch früher bei den Vereinten Nationen selbst mal eine Blaumütze), aber es gibt auch Stimmen in der Partei, die grundsätzlich gegen jede Art von Auslandseinsätzen sind - auch gegen diese.

In Kapitel VII der UN-Charta geht es demgegenüber um den Einsatz bewaffneter Truppen zur „Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens“. Erlaubt ist dabei auch, so wörtlich in Artikel 46, die „Anwendung von Waffengewalt“ - auch über die Selbstverteidigung hinaus. DIE LINKE hat sich wiederholt gegen solche Einsätze ausgesprochen.

Doch nicht immer so klar und eindeutig, wie manche glauben und wie es auch erforderlich wäre: Denn mal lehnen wir „Kampfeinsätze mit Berufung auf Kapitel VII“ ab (Programmatische Eckpunkte), mal „Auslandskriegseinsätze“ (Bundestagswahlprogramm), ohne dass diese Begriffe klar definiert sind.

Genau das hat auch zu dem unterschiedlichen Abstimmungsverhalten der Bundestagsfraktion in Sachen Sudan geführt. Im Juli dieses Jahres haben sich 25 Abgeordnete unserer Fraktion bei der Abstimmung zum Bundeswehreinsetzung im Süd-Sudan enthalten, obwohl es sich um einen Einsatz der Bundeswehr nach Kapitel VII der UN-Charta handelt. Ein Argument war, dass die Bundeswehr dort nicht kämpft und es sich nicht um einen Kriegseinsatz handelt.

Ich halte das für einen großen Fehler. Der UNO-Einsatz im Süd-Sudan (UNMIS) erfolgt zumindest in Teilen nach Kapitel VII - so steht es wörtlich in der Resolution des UN-Sicherheitsrates und im Mandat des Bundestages. Dort wird der Einsatz von Gewalt über die Selbstverteidigung hinaus eindeutig genehmigt, unter anderem zum Schutz von Zivilpersonen. Letzteres mag naive Gemüter zu dem Glauben verführen, ein solches Mandat könne akzeptiert oder zumindest toleriert werden. Doch wenn wir erst einmal anfangen, zwischen „guten“ und „schlechten“ Kampfeinsätzen zu unterscheiden, werden wir es früher oder später nur den Grünen und der SPD nachmachen, die mit den hanebüchensten Begründungen noch jeden Kampfeinsatz rechtfertigen.

Zwar gleicht der Einsatz von einer Handvoll Bundeswehrsoldaten im Süd-Sudan momentan eher einem Blauhelm-Einsatz. Bislang waren die Soldaten dort auch nicht in Kämpfe verwickelt. Es ist jedoch völlig falsch, die Abstimmung über ihr Mandat davon abhängig zu machen, wie dieses Mandat derzeit umgesetzt wird. Entscheidend ist doch, was das Mandat zulässt - die Situation im Sudan kann in kürzester Zeit eskalieren und die UNMIS-Soldaten können schon bald aktiv in Kämpfe verwickelt sein. Auch dass die UNO seit Jahren nur noch Blauhelm-Einsätze verabschiedet hat, die ganz oder teilweise auf Kapitel VII beruhen, darf kein Grund dafür sein, dem einen oder anderen Einsatz nach Kapitel VII zuzustimmen, weil er ja „irgendwie“ ganz friedlich und „eigentlich“ wie ein Kapitel VI-Einsatz verläuft. Wenn eine gewaltfreie Blauhelm-Mission sinnvoll ist, dann soll sie auch eindeutig nach Kapitel VI mandatiert werden und damit Kampf- oder Kriegseinsätze definitiv ausschließen.

Was lernt uns das? Erstens müssen wir in der Debatte um Auslandseinsätze der Bundeswehr präziser werden. Begriffe wie „Kriegs-“ oder „Kampfeinsätze“ und unsere roten Linien müssen klarer definiert werden. Ich persönlich bin dafür, grundsätzlich jeden Einsatz nach Kapitel VII abzulehnen, ohne dass er noch diffus als „Kriegseinsatz“, „Kampfeinsatz“ oder sonstwie qualifiziert werden muss. Auf dieser Basis kann auch die Debatte um Auslandsein-

sätze von taktischen Überlegungen zur Frage der Regierungsbeteiligung freigehalten werden. Falls sich diese Frage 2013 oder 2017 tatsächlich stellen sollte, wird es konkret um die laufenden Auslandseinsätze der Bundeswehr gehen. Mit Ausnahme von UNMIS sind wir uns alle einig, dass es eine Regierungsbeteiligung nur geben kann, wenn diese Einsätze sofort beendet werden. Mit trennscharfen „roten Linien“ zu Kapitel VI und VII gilt es, diesen Konsens auch hinsichtlich UNMIS (wieder) zu vervollständigen. Egal, worüber mit SPD und Grünen je verhandelt werden sollte: in der Friedensfrage darf und wird es keine faulen Kompromisse mit der LINKEN geben.

Eine andere Kontroverse in der Fraktion betrifft internationale Polizeieinsätze. In vielen Punkten sind wir uns einig: So finden wir die Ausbildung von Polizeikräften im

Ausland prinzipiell in Ordnung – aber nur in engen Grenzen. Es muss ausgeschlossen sein, dass Polizisten in einem laufenden bewaffneten Konflikt bzw. Krieg ausgebildet werden. Das geschieht derzeit in Afghanistan, wo Afghanen zu Polizisten ausgebil-

det, aber faktisch wie Soldaten im Krieg eingesetzt werden – meist als schnell verheiztes Kanonenfutter. Ebenfalls muss ausgeschlossen sein, dass Deutschland Polizisten für undemokratische oder menschenrechtsverletzende Regimes ausbildet oder paramilitärische Polizeiapparate unterstützt.

Kontrovers diskutieren wir jedoch Auslandseinsätze deutscher Polizisten in „operativer“ Mission, also in unmittelbarer Polizeifunktion. Ganz konkret wird die Frage bei der Piraten-Bekämpfung vor Somalia. Wir als LINKE sind geschlossen gegen den Bundeswehreininsatz dort (die Mission ATALANTA), haben aber in der Vergangenheit eine UN-Küstenwache vor dem Horn von Afrika für den Schutz der zivilen Schifffahrt vorgeschlagen. In Deutschland ist die Küstenwache Polizeiaufgabe, insofern wäre das ein operativer Polizeieinsatz.

Einerseits ist es richtig, dass das Piraterieproblem nicht polizeilich oder militärisch gelöst werden kann. Es gibt viele Ursachen für die Piraterie, nicht zuletzt der illegale Fischfang europäischer Flotten vor den Küsten Somalias. Insofern kann das Problem tatsächlich nur langfristig und politisch gelöst werden.

Andererseits ist es den gekidnappten Seeleuten wohl herzlich egal, wo die tieferen Ursachen des somalischen Konfliktes liegen. Ihnen muss hier und jetzt praktisch geholfen werden. Wir als Partei des Völkerrechts können dieses Problem nicht einfach aussitzen, Rechtsbrüche ignorieren und auf eine grundsätzliche Lösung in ferner Zukunft verweisen. Wir haben auch die Verpflichtung, dem Völkerrecht – hier: dem Piraterieverbot – Geltung zu verschaffen. Da ist der nicht-militärische Einsatz einer Küstenwache, unter Kontrolle der UNO und damit befreit von möglichen nationalstaatlichen Partikularinteressen, eine denkbare Lösung.

All diesen Fragen müssen wir als Fraktion und als Partei frei von taktischen Vorbehalten stellen, denn sie können im wahrsten Sinne des Wortes kriegsentscheidend sein: Es geht darum, ob wir jetzt Entscheidungen fällen, die eine schleichende Entwicklung hin zur Befürwortung von Kriegseinsätzen möglich machen oder nicht. Wenn wir nicht wie SPD und Grüne als Bettvorleger der Bundeswehrenden wollen, müssen wir unsere friedenspolitischen Grundsätze unmissverständlich formulieren – in der tagespolitischen Arbeit ebenso wie in unserem Grundsatzprogramm.

**Jan van Aken**, MdB, Leiter des Arbeitskreises Internationale Politik und stv. Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE

<sup>1</sup>Wer es komplizierter (und präziser) möchte: Bisher gibt es keine Mandate, die sich formalrechtlich explizit auf Kapitel VI berufen. Neben den sog. „friedensersetzenden“ (peace enforcing) Einsätzen nach Kapitel VII gibt es „friedenserhaltende“ (peace keeping) Einsätze, die außerhalb der Charta „zwischen“ Kapitel VI und VII geschaffen wurden – sozusagen nach „Kapitel sechseinhalb“ (Dag Hammarskjöld). Ihr Hauptmerkmal ist die einverständliche Regelung mit den Konfliktparteien ohne Zwangsmittel. Ein Beispiel ist die UNFICYP-Mission auf Zypern.

**Egal, worüber mit SPD und Grünen je verhandelt werden sollte: in der Friedensfrage darf und wird es keine faulen Kompromisse mit der LINKEN geben.**



# Die Militarisierung der EU

## Reform der Bundeswehr zur „Armee im Einsatz“

Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) will mit seinen am 23. August vorgestellten „Reformplänen“ die Bundeswehr auf 163.000 Berufs- und Zeitsoldaten um ein Drittel verkleinern. Darin sind bereits 7.500 Angehörige eines neuen Freiwilligen Wehrdienstes eingeschlossen. Bis 2016 plant der Minister so Personaleinsparungen über 4,5 Mrd. Euro.

Diese Truppenreduzierung ist kein Abrüstungsschritt. Es geht darum, die Bundeswehr flexibler und effektiver zu machen, sie in eine weltweit einsetzbare Interventionsarmee umzuwandeln. So sollen gleichzeitig mehr als 10.000 Soldaten in Auslandseinsätzen sein können, eine „Armee im Einsatz“. Diese Auslandseinsätze der Bundeswehr sind grundgesetzwidrig. Artikel 87a GG lautet: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“.

Die Bundesregierung will die Bundeswehr dagegen fit machen für Einsätze im Ausland und im Inneren. Es sei daran erinnert, dass 1974 in Portugal die faschistische Diktatur von einer „Wehrpflichtigen-Armee“ gestürzt wurde. Ob die „Nelkenrevolution“ mit einer Berufsarmee gelungen wäre, ist zu bezweifeln. Die Bundeswehr darf auf keinen Fall im Inneren eingesetzt werden. Wenn es eine Bundeswehr gibt, so darf es keine von der Bevölkerung sozial abgegrenzte Truppe sein.

## EU-Militarisierung mit dem Vertrag von Lissabon

Artikel 42 (3) Vertrag von Lissabon schreibt den Mitgliedsstaaten vor, militärisch aufzurüsten: „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Artikel 41 ermöglicht die Aufstellung eines EU-Rüstungshaushalts, „Anschubfonds“ genannt. Artikel 43 (1) ermöglicht EU-Kampfeinsätze zur „Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“ sowie „Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung“ und „Operationen zur Stabilisierung der Lage“, also Besatzungsmissionen wie in Afghanistan.

Die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ macht ein militärisches Kerneuropa möglich. Entscheiden dürfen über die so beschlossenen Einsätze dann nur noch diejenigen Länder, die daran teilnehmen. Zusätzlich ermöglicht der Lissabon-Vertrag Einsätze des Militärs im Inneren, indem er mit der so genannten „Solidaritätsklausel“ in Artikel 222 (1a), festschreibt, dass die EU „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel“ mobilisiert, um „terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden“ sowie „einer vom Menschen verursachten Katastrophe“, die auch soziale Unruhen mit einschließt.

Am 30. Juni 2009 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass ausschließlich der Bundestag zu entscheiden hat, ob sich die Bundeswehr an einem EU-Militäreinsatz beteiligt. Die Regelung im Lissabon-Vertrag besagt, dass darüber der Rat der EU entscheidet.

## Einsatz von EU-Militär in Südeuropa gegen Streikende?

Folgende Meldung von Harald Neuber vom 10.07.2010 bei [www.heise.de/tp/blogs/8/147988](http://www.heise.de/tp/blogs/8/147988) macht deutlich, dass der Einsatz von EU-Militär z.B. bei Generalstreiks am 29. September im Kampf gegen die Krise zur Realität werden könnte:

### „Barroso: Umstürze im Süden Europas möglich

Der EU-Kommissionspräsident warnt vor weitreichenden Folgen sozialer Proteste in Griechenland, Spanien und Portugal. Die Führung der Europäischen Union schließt vor dem Hintergrund der Eurokrise offenbar ein Ende der parlamentarischen Demokratien in mehreren südeuropäischen Staaten nicht aus. Von der deutschen Presse unbeachtet berichteten englisch- und spanischsprachige Medien unlängst über ein Treffen des Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso, mit Gewerkschaftsführern. Bei der Zusammenkunft am 11. Juni habe der ehemalige portugiesische Ministerpräsident die Gewerkschaftsvertreter davor gewarnt, „dass diese Länder in ihrer demokratischen Gestaltung, wie wir sie derzeit kennen, verschwinden könnten“. Die Gewerkschaftsvertreter seien von den drastischen Formulierungen des Präsidenten der EU-Kommission schockiert gewesen, schrieb der britische Journalist Jason Groves wenige Tage später in der Tageszeitung Daily Mail. Laut Groves seien von Barroso mehrere Möglichkeiten genannt worden, darunter Militärputsche und Umstürze.“

## Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik

So steht es sehr deutlich im friedenspolitischen Teil des Programmentwurfs der LINKEN. und weiter: „Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands. Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta. Um Akzeptanz für die Militarisierung der Außenpolitik zu erlangen, ist zunehmend von „zivilmilitärischer Kooperation“ und von Konzepten zur „vernetzten Sicherheit“ die Rede. DIE LINKE. lehnt eine Verknüpfung von militärischen und zivilen Maßnahmen ab. Sie will nicht, dass zivile Hilfe für militärische Zwecke instrumentalisiert wird.“

## Abrüstung und strategische Nichtangriffsfähigkeit

„Statt Aufrüstung, militärischer Auslandseinsätze und EU-NATO-Partnerschaft ist eine Umkehr zu einer friedlichen Außen- und Sicherheitspolitik notwendig, die sich strikt an das in der UN-Charta fixierte Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen hält. DIE LINKE. setzt daher auf Abrüstung und Rüstungskontrolle, fordert ein striktes Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete und den Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale. Die EU und Deutschland müssen auf alle Atomwaffenoptionen grundsätzlich verzichten, und alle in Deutschland stationierten Atomwaffen müssen abgezogen und vollständig vernichtet werden. Alle Massenvernichtungswaffen sind zu verbieten. Die Europäische Union sollte eine Vorreiterrolle bei der zivilen Konfliktprävention einnehmen und dafür die notwendigen Ka-



pazitäten schaffen. Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden. Es darf nicht sein, dass die Infrastruktur in der Bundesrepublik dazu genutzt wird, um völkerrechtswidrige Kriege und menschenrechtswidrige Maßnahmen wie die Verschleppung von Gefangenen zu ermöglichen.“ Ich meine, dass der Programmentwurf um die Forderung nach der Abschaffung der Bundeswehr und dem Stopp aller Rüstungsexporte ergänzt werden muss.

### **Im Aktionsherbst 2010 eine neue Verfassung für die EU fordern**

Völlig richtig ist die Aussage im Programmentwurf „Die bisherigen Vertragsgrundlagen der EU, zusammengefasst im Lissabon-Vertrag von 2009, sind dafür nicht geeignet, weil sie die Durchsetzung der neoliberalen Grundfreiheiten des Marktes und der Unternehmen in den Mittelpunkt stellen, auf eine weitere Militarisierung setzen und Kapitalverkehrskontrollen untersagen.“

In Zusammenhang mit den Aktionen in 2010 gegen das Kürzungspaket der Bundesregierung müssen wir den Lissabon-Vertrag politisch in Frage stellen und eine an-

dere Verfassung der EU, wie im Programmentwurf beschrieben, fordern:

„DIE LINKE will eine europäische Verfassung, die eindeutig auf die Sicherung des Friedens, zivile Konfliktlösungen und Abrüstung verpflichtet. Eine Verfassung, die Demokratie und Menschenrechte für alle verankert. Eine Verfassung, die Umwelt und Kultur schützt. Eine Verfassung, die keine ordnungspolitischen Festlegungen zur Wirtschaftsweise der EU vornimmt und die soziale Rechte und das Sozialstaatsprinzip verankert, um Armut und Ausgrenzung zu verhindern. Wir wollen eine Europäische Union mit einem starken Europäischen Parlament und transparenten Entscheidungsprozessen in allen europäischen Institutionen und mehr unmittelbarer Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger.“

(Mehr Infos zum Thema: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de))

**Sabine Wils**, Mitglied im Parteivorstand der LINKEN, Abgeordnete im Europaparlament und Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie Stellvertreterin im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

## **Bundesausschuß Friedensratschlag: Wissenschaftliche und bundesweite Zusammenarbeit für Frieden**

Der Bundesausschuß Friedensratschlag gründete sich Anfang der 90er Jahre, um nach dem Ausrufen der „Neuen Weltordnung“ durch Georg Bush Senior die Zusammenarbeit aller Friedensinitiativen und -gruppen in Ost- und Westdeutschland neu zu konstituieren. Seine besondere Aufgabe sehen die Aktiven darin, in Verbindung zwischen Friedenswissenschaft und -bewegung über Aufrüstung, Militarisierung und Krieg aufzuklären und für zivile, humane Alternativen und eine Kultur des Friedens zu wirken. Als Zusammenschluß der rot tradierten Friedensbewegten setzt er sich insbesondere mit den kapitalistischen Interessen und Kriegsursachen auseinander und setzt sich für soziale Entwicklung weltweit als Grundvoraussetzung für Frieden ein. Antifaschismus ist konstituierender Bestandteil seines Selbstverständnisses. Der Bundesausschuß ist inhaltlich und personell eng mit der AG Friedensforschung an der Universität Kassel verbunden, die mit ihrer Arbeit für Gewaltfreiheit, zivile Konfliktprävention und -bearbeitung sowie für die Ächtung aller Arten von Massenvernichtungswaffen und Abrüstung eintritt. Sowohl die AG als auch der Bundesausschuß arbeiten eng mit den Parteien der Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und Kirchen, aber auch mit der grün orientierten bundesweiten „Kooperation für den Frieden“ sowie mit dem Weltfriedensrat und weiteren Organisationen der internationalen Friedensbewegung zusammen.

Seit 1994 veranstaltet der Bundesausschuß die jährlichen „Friedenspolitischen Ratschläge“. Hier analysieren Friedensforscher und -aktivisten und internationale Bündnispartner auf hohem Niveau die politische Entwicklung in der Welt und erarbeiten gemeinsam Perspektive und Aktivitäten für die anstehenden Friedenskämpfe. Die sehr gut sortierte Internetseite [www.ag-friedensforschung.de](http://www.ag-friedensforschung.de) stellt Interessierten „alle“ aktuelle Themen zur Verfügung und hat ein ausführliches Weltarchiv, in dem zu Konflikten in allen Regionen der Welt recherchiert wird. Etwa alle zwei Monate erscheint das „Friedensjournal“, in dem spezielle Fragen und Probleme vertieft werden.

Der Bundesausschuß trifft sich regelmäßig in Kassel zur Beratung der Lage und zur Erarbeitung friedenspolitischer Orientierung und entsprechender Aktivitäten. Zur Zeit nimmt der Bundesausschuß eine initiiierende Rolle insbesondere bei der Kampagne zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ein. Zum Beispiel war der Bundesausschuß maßgeblich beteiligt an der Organisation der Demonstrationen gegen die Mandatsverlängerung durch den Bundestag und führt aktuell die Unterschriftenkampagne „Den Krieg in Afghanistan beenden - zivil helfen“ durch. Dabei wird intensiv die Kooperation mit anderen friedenspolitischen Netzwerken, Gewerkschaften, Studierenden- und Jugendorganisationen gesucht. Neue MitstreiterInnen sind willkommen.

Bundesausschuß Friedensratschlag, Germaniastr. 14, 34119 Kassel  
[peter.strutynski@gmx.de](mailto:peter.strutynski@gmx.de)  
[www.ag-friedensforschung.de](http://www.ag-friedensforschung.de)





# Der Kampf für den Frieden kann nur ein antifaschistischer sein

Die gegenwärtige Relevanz des Potsdamer Abkommens von 1945

*„Die Anstrengungen aller Staaten und Völker der Antihitlerkoalition waren ein Unterpfand des Sieges im antifaschistischen Befreiungskrieg. Die Antihitlerkoalition (...) verfolgte zwei Ziele: die Rettung der Zivilisation vor der Barbarei und die Herstellung eines dauerhaften Friedens.“*

Stefan Doernberg, „Fronteinsatz. Erinnerungen eines Rotarmisten, Historikers und Botschafters“, Berlin 2004, S. 105.

Die Befreiung vom Faschismus und die Ziele der Antihitlerkoalition werden heute von rechter Seite immer dreister zum Verbrechen gestempelt: Die Grenze zu Polen und die antifaschistischen Beneš-Dekrete werden wieder zunehmend in Frage gestellt. Dabei geht es den Geschichtsrevisionisten um die umfassende Negierung von Frieden als Ermöglichung humaner Entwicklung. So erhielt ein Jura-Professor von der Merkel-Regierung einen Verdienstorden, nach dessen Auffassung das Völkerrecht „von der Staatenpraxis der Potsdamer Konferenz in seiner Entwicklung zurückgeworfen (wurde) auf den Zustand einer machtpolitisch zugelassenen Barbarei.“ Das zeigt: Die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 bedürfen gegen diese primitive Umdrehung der Tatsachen der politischen Aktualisierung durch linke Friedenspolitik, und die muß historisch bewußt sein.

Am 1. September 2010 jährte sich der Tag, an dem die faschistische Wehrmacht Polen überfiel, zum 71. Mal. Nachdem die deutschen Eliten 1933 den Nazis die Macht übertragen hatten, um die Aufrechterhaltung des Kapitalismus gegen die reale Möglichkeit der sozialistischen Alternative durch Terror und brutalisierte Konkurrenz durchsetzen zu können, wurde die Kriegsvorbereitung zur imperialistischen Expansion des Großkapitals sofort in Angriff genommen. Es wurde massiv aufgerüstet, und die Bevölkerung auf Kriegszustimmung getrimmt. Der brutalste Krieg der Menschheitsgeschichte wurde entfesselt, einschließlich des rassistisch motivierten industriellen Massenmords.

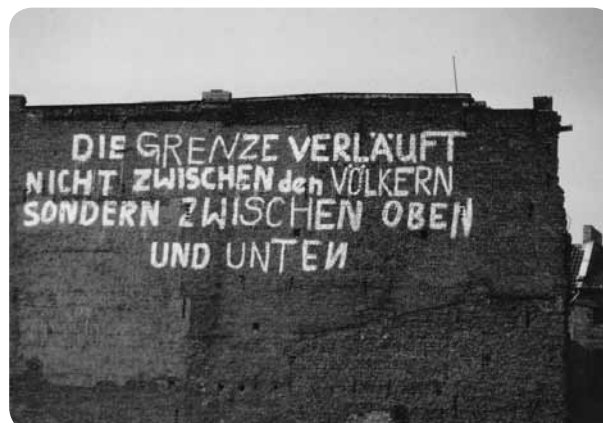
In Gegnerschaft zu dieser Barbarei formierte sich die Antihitlerkoalition. Trotz des Systemgegensatzes einigten sich die Sowjetunion, Großbritannien und die USA in Potsdam 1945 auf die Regelung einer demokratischen und friedlichen Nachkriegsordnung in Europa: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen (...) Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann“ („Potsdamer Abkommen“). Mit den „vier großen Ds“ wurden die Voraussetzungen einer Friedensordnung inhaltlich bestimmt: Als die politischen und wirtschaftlichen Urheber, Verantwortlichen und Nutznießer von Diktatur, Krieg und Shoah waren der deutsche Militarismus, die faschistische Reaktion und die wirtschaftlichen Eliten identifiziert – ihr Wirken und ihre Macht sollte mittels Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung und Demonopolisierung als Voraussetzung für das fried-

liche Zusammenleben der Menschheit ein für allemal gebrochen werden. Die gesellschaftliche Realisierung dessen steht noch aus und sollte auch heute Anspruch und Leitlinie linker Politik sein. Dies auch und gerade, weil die westlichen Großmächte das Abkommen selbst bereits aushöhlten, bevor die Tinte auf dem Papier trocken war – man denke an die Bombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki wenige Tage später oder an die „Persilscheine“ für Nazis, die schnell wieder relevante Positionen in Gesellschaft und Politik Westdeutschlands besetzten.

Zweierlei ist aus dem „Potsdamer Abkommen“ und seiner letztlich noch ausstehenden Realisierung zu lernen: Die Einigung aller Kräfte der Vernunft als Voraussetzung für den zivilisatorischen Bruch mit der Barbarei ist notwendig möglich, und es bedarf der umfassenden solidarischen Verfügung aller Menschen über sämtliche Mittel für eine nachhaltig erfreuliche und damit menschenwürdige gesellschaftliche Entwicklung.

Dabei sind die rechten Kriegstreiber mit ihrer dumm-dreisten revisionistischen Geschichtsverdrehung die politischen Gegner, mit denen sich angelegt werden muß, wenn es um die Beendigung sämtlicher Kriegseinsätze, um Abrüstung und Rüstungskonversion, um die Auflösung der Kriegsbündnisse und die Abschaffung der Armeen geht. Antifaschismus ist integraler Bestandteil sozialistischer Friedenspolitik, der historische und kulturelle Reichtum linker Politik kann und muß programmatisch und in den Aktivitäten zur Geltung gebracht werden, um Menschen für fortschrittliches Engagement zu bewegen und zu überzeugen.

**Rörd Hinrichsen und Saskia Mestern, AG gegen Rechts**





# Bundeswehr und Nato abschaffen?

Zu den friedenspolitischen Positionen im Programmentwurf

*Im AK Programm des Landesverbandes hat sich eine intensive Debatte über die Forderung nach Abschaffung von Bundeswehr und Nato entsponnen. Entzündet hat sich der Disput anhand zweier Sätze im vorliegenden Entwurf für ein Grundsatzprogramm: „Wir fordern die Auflösung der Nato und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands.“ (S. 21). Nach einer kurzen Ausführung über das Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen folgt: „Die LINKE setzt daher auf [...] den Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale.“ (S. 21 f.). Zu dieser friedenspolitischen Kontroverse argumentieren im folgenden vier Disputanten mit Artikeln.*

## Alles Militär abschaffen. Emanzipation durch Abrüstung

Im friedenspolitischen Abschnitt des Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm der LINKEN wird der „Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale“ gefordert, also eine nicht angriffsfähige Armee der Bundesrepublik. Das wird von einigen Genossen offenkundig als ein „real“-politischer Kompromiß zwischen der notwendig vollständigen Abrüstung der Bundeswehr und der zum Beispiel von der SPD geforderten Staatsräson angesehen.

Demzufolge wird kontrovers diskutiert, ob die Abschaffung der Bundeswehr überhaupt eine realistische Forderung sei. Der Landesparteitag hat dazu im April 2010 unter anderem die „vollständige Auflösung der Bundeswehr“ als Position des Landesverbandes Hamburg in der Programmdebatte beschlossen. Herbert Schulz nennt diese Orientierung eine „friedenspolitische Sackgasse“, die „gar nichts“ dazu beitrage, „in den aktuellen Auseinandersetzungen friedliche Alternativen entwickeln und den Politikprozess beeinflussen zu können“. Er mutmaßt, daß wir uns als Partei damit „Bündnis-möglichkeiten“ verspielten.

Die Bundeswehr hätte es niemals geben dürfen. Der deutsche Imperialismus hat zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen, die faschistische Diktatur und der Vernichtungskrieg haben mindestens 60 Millionen Tote gefordert. Nach der Befreiung 1945 sollte Deutschland vollständig demilitarisiert werden. Doch bereits zu Beginn der 50er Jahre installierten die CDU und andere reaktionäre Kräften auf Druck der Großindustrie („Bündnis der Eliten“) eine „neue“ Armee mit altem „Personal“ (1958 stammten 12.900 Offiziere aus der ehemaligen Wehrmacht). Gegen erhebliche Proteste begann die Wiederbewaffnung, 1955 wurde die Bundesrepublik Mitglied der Nato. Seit 1992 wird die Bundeswehr systematisch zur Angriffsarmee aufgebaut. Momentan ist sie nach offiziellen Angaben in acht Ländern mit 6.800 Soldaten stationiert (friedlich?).

In Afghanistan führt sie seit neun Jahren einen zerstörerischen Krieg für die Vorherrschaft der Nato-Staaten im Nahen und Mittleren Osten. Die aktuellen Pläne der Bundesregierung zielen darauf, die Kriegsfähigkeit zu erhöhen. Die BRD spielt zudem eine einflußreiche Rolle bei der Aufrüstung der Europäischen Union.

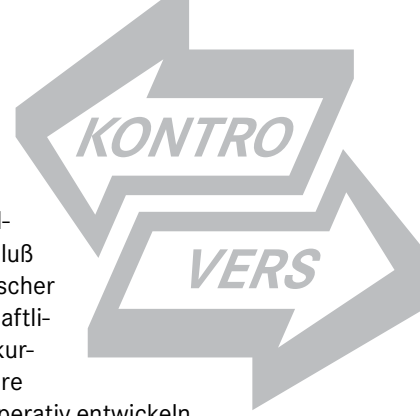
Angesichts dieser Geschichte und des immensen Schadens, den die Bundeswehr auf der ganzen Welt, auch innenpolitisch, anrichtet, kann es nur eins geben: NEIN!

Die Gesellschaft muß umfassend abgerüstet werden, je schneller, desto besser. Die Zerstörung von Menschenleben, die horrenden Kosten der Kriegführung und des „Betriebs“ der Bundeswehr, die ungeheure Verschwendung von Ressourcen in Rüstungsforschung und -produktion für rein destruktive Zwecke und die Verseuchung der Köpfe mit Lügen, Untertanengeist und Nationalismus sind unbedingt bekämpfens- und überwindenswert – da gibt es keinen Kompromiß: Der Militarismus ist „der Vampir des kulturellen Fortschritts“. (Karl Liebknecht: „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“, 1907.)

Die Entmilitarisierung aller Lebensbereiche als umfassende Emanzipation ist notwendig für die Schaffung einer besseren Welt. Durch die Abschaffung der Bundeswehr kann sinnvolle Arbeit geschaffen werden, können die sozialen Sicherungssysteme ausgebaut, kommerzfreie Kultur und gebührenfreie Bildung für Alle gefördert werden. Abrüstung und Konversion des ganzen militärisch-industriellen Komplexes müssen damit einhergehen. Nur eine solidarische und ausschließlich zivile Kooperation ermöglicht die souveräne Entwicklung aller Länder.

Die Abschaffung der Bundeswehr steht im engen Zusammenhang mit der Auflösung der Nato, die nie etwas





anderes als eine aggressive militärische Allianz zum Zwecke der Ausbeutung, des Kapitalismus, gewesen ist. Sie braucht nicht „ersetzt“ oder reformiert zu werden. Die Formulierung im Entwurf: „Wir fordern die Auflösung der Nato und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands“, läßt eine militärische „Alternative“ zu. Wir sollten im Grundsatzprogramm also klarstellen, daß nur ein *ziviles* Sicherheitssystem eine Alternative zur Nato darstellt. Als LINKE müssen wir die Bündnistreue zur Nato weder teilen noch für alternativlos erklären. (Die SPD nennt das „Politikfähigkeit“; das ist ein zeithistorisches Erbe aus Bad Godesberg.)

Die Nato ist dabei, den Krieg in Afghanistan zu einem vollständigen Desaster zu steigern. Warum sollte sich durch unsere dauerhafte Aufklärungsarbeit bzw. die hohe Kriegsablehnung in der Bevölkerung nicht erreichen lassen, daß die BRD als einer der ersten Staaten „den Kriegsdienst verweigert“? Das würde die Existenz des Militärbündnisses weiter delegitimieren und die Bewegungen auch in anderen Ländern ermutigen. Die Beendigung dieses Krieges wird ein entscheidender Schritt zur Auflösung der Nato sein.

Für die Verwirklichung friedenspolitischer Durchbrüche sind wir aktiver Teil der Friedensbewegung. Linke in aller Welt bauen darauf, daß in den imperialistischen Hauptländern dem Krieg ein Ende gesetzt wird.

Dies alles erfordert Aufklärung, in der Tat – keinen Populismus.

Mit unserem Grundsatzprogramm wollen wir uns selbst und anderen Aufschluß über die Ziele und Prämissen sozialistischer Politik verschaffen. Unsere gesellschaftliche Ambition ist eine Welt ohne Konkurrenz und Krieg, in der alle Menschen ihre Lebensbedingungen souverän und kooperativ entwickeln und genießen.

Das *geht nur* in konsequenter Überwindung von allem Militär, den Rüstungsprofiteuren und korrupten Politikern sowie der Schönrederei und Kriegspropaganda der Medien.

Ein bißchen Krieg oder ein bißchen Frieden gibt es nicht.

Wir wissen: „*Der Militarismus ist eine Erbsünde des Kapitalismus, die zwar hie und da der Verbesserung zugänglich ist, von der ihn aber erst das Fegefeuer des Sozialismus läutern wird.*“ (Karl Liebknecht, 1907.)

**Gunhild Berdal**, AG Frieden und Abrüstung

## „Seien wir realistisch – fordern wir das Unmögliche“ (Ché Guevara)

**1. Das Grundgesetz erzwingt keine Armee.** Die Begründung für eine Armee der Bundesrepublik Deutschland ergab sich aus dem Kalten Krieg. Im Grundgesetz der BRD vom 23. Mai 1949 war eine Armee nicht vorgesehen. Die wurde erst am 20. März 1956 in Artikel 12a (Wehrpflicht) als Kannbestimmung und in Artikel 87a im Rahmen der Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern aufgenommen.

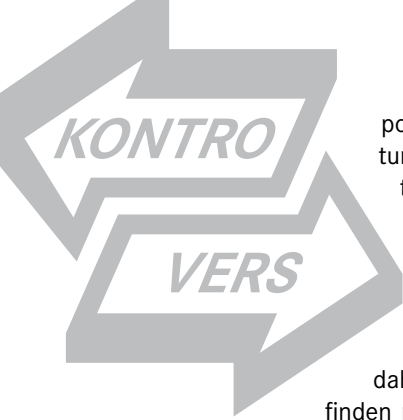
**2. Es gibt keine Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland, die eine Armee rechtfertigen würde.** Die Bundesrepublik Deutschland wird von niemandem militärisch bedroht. Der Kalte Krieg ist vorbei. Als Begründung der Bundeswehr bleibt lediglich ihr Einsatz bei Katastrophenfällen und ihr (imperialistisch begründeter) Auslandseinsatz. Terroristischen Angriffen kann man sinnvoller Weise durch eine friedliche Innen-, Außen- und Entwicklungspolitik und nicht militärisch begegnen.

**3. Eine Armee schafft keine Sicherheit, sondern das Gegenteil.** Überall, wo die Bundeswehr auftaucht (insbesondere im Ausland) sind Unsicherheit, Zerstörung und Krieg die Folge. Auch NGOs geraten unter Druck und ihre unabhängige Arbeit ist gefährdet. Die bereits 2006 unter dem Stichwort „vernetzte Sicherheitsstrukturen“ begonnene Vermischung ziviler und militärischer Gruppen wurde vom derzeitigen Bundesminister für wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung weiter forciert (wer nicht mit der Bundeswehr kooperiert, bekommt keine Gelder). Auch der Bundeswehreinsatz im Inneren - in Heiligendamm grundgesetzwidrig bereits praktiziert - schafft bei Katastrophenfällen nicht die erwartete Sicherheit. Der Einsatz des Militärs ist logistisch aufwändig und unflexibel. Technisch gut ausgerüstete und trainierte zivile Hilfskräfte sind einer Armee im zivilen Einsatz haushoch überlegen.

**4. Die Bundeswehr hat historisch keine weiße Weste.** Große Teile des höheren Offizierskorps fühlten sich von Beginn an eher den Traditionen der Reichswehr und der Naziarmee verpflichtet als der einer Armee von „Staatsbürgern in Uniform“ (Baudissin). Das schlug sich nicht nur in den Namen von Bundeswehrkasernen nieder. Führende Generäle der 1955 neu gegründeten Armee waren selbst belastete hochrangige Nazigeneräle. Alter Ungeist zeigte sich in den zahlreichen Skandalen in Form von Menschenrechtsverletzungen (bis hin zu Folterungen) und neonazistischen Umtrieben.

**5. Die Bundeswehr fördert die Militarisierung.** Bei öffentlichen Anlässen und gezielt an Lernorten, Kitas, Schulen, Spielhäusern etc. oder durch Kooperation mit Hochschulen versucht die Bundeswehr bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden ihre moralisch-



politische Legitimation mit der Behauptung zu verankern, Sicherheit könne militärisch geschaffen werden. Zivile Konfliktlösungsansätze werden entweder nicht erwähnt oder klein geredet. Kriegseinsätze werden in den Medien der Bundeswehr verharmlost und kommen eher als Abenteuer daher. Tod, Zerstörung und Vernichtung finden nicht statt. Solcherart Propaganda gibt auch zuweilen unfriedlichen Konfliktlösungsstrategien im privaten und gesellschaftlichen Zusammenleben junger Menschen Nahrung.

**6. Die Bundeswehr ist teuer und ökonomisch kontraproduktiv.** Die Bundeswehr verschlingt Unsummen an Geldern, die ökonomisch völlig unproduktiv sind. Allein ihr Einsatz in Afghanistan kostet jährlich ca. 1,5 Milliarden Euro. Der Verteidigungshaushalt 2009 betrug 31,2 Milliarden Euro, Hartz-IV-EmpfängerInnen erhielten im gleichen Zeitraum 21,7 Milliarden Euro. Käme es in der BRD zu einer umfassenden Konversion der Rüstungsindustrie hin zu einer ökologisch und nachhaltig ausgerichteten Produktion, würde das ein Mehrfaches an Arbeitsplätzen erzeugen.

**7. Die Aktivitäten der Bundeswehr im In- und Ausland stellen eine riesige und permanente Umweltverschmutzung dar.** Allein der Treibstoffverbrauch für die Armee ist enorm. Der Ressourcenverbrauch zur Herstellung von Rüstungs“gütern“ beträgt ein Mehrfaches von zivilen Gütern. Die Wirkung der im Auslandseinsatz eingesetzten Waffen auf die Umwelt ist katastrophal. Sie zerstören die Lebensgrundlagen der Zivilbevölkerung nachhaltig und belasten noch jahre- bis jahrzehntelang die Umwelt. Im Falle der Verwendung uranabgereicherter Munition (DU) - nachweislich durch US-Truppen - werden die Menschen verstrahlt, einschließlich der BundeswehrsoldatInnen selbst.

**8. „Wir müssen die Wirklichkeit umdenken, um ins Mögliche vorzustößeln“ (Dürrenmatt).** Scheinbar unrealistische Forderungen standen bekanntlich immer schon Pate bei gesellschaftlichen oder wissenschaftlichen Zukunftsprojekten. Der Programmentwurf der LINKEN hat mehrere solcher Forderungen, zum Beispiel die nach einem Sozialismus, der erst recht keine Armee braucht. Es gibt bereits heute 25 Staaten, die keine Armee besitzen. Liechtenstein hat seine bereits 1868 aus Kostengründen abgeschafft. Würde die Bundesrepublik das gleiche tun, käme das vermutlich einem Dominoeffekt - zumindest in Europa - gleich.

**9. Die Forderung nach einer Bundesrepublik ohne Armee muss ins Parteiprogramm der LINKEN.** Die Forderung nach Abschaffung der Armee ist eine von friedensbewegten Menschen des 20. Jahrhunderts. Die Losung „Frieden schaffen ohne Waffen“ mündet notwendig in die Forderung nach Abschaffung der Armee. In der Schweiz gibt es eine solche Initiative seit 1982; sie hat für eine anhaltende Diskussion über Sinn und Unsinn der Armee gesorgt und darüber hinaus eine über Rüstung in Gang gehalten. Eine solche ständige Diskussion wäre auch bei uns sinnvoll und könnte das friedenspolitische Profil der LINKEN schärfen und eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz gewinnen.

**10. Fazit:** Die Forderung nach Abschaffung der Armee ist keine Maximalforderung, sie ist eine notwendige Forderung!

**Hartmut Ring**, Mitglied im Bundesausschuss, im Landesvorstand und in der AG Frieden und internationale Politik der LINKEN

Der vollständige Text mit allen Anmerkungen und Links ist zu beziehen bei [HartmutRing@web.de](mailto:HartmutRing@web.de)

## Abschaffung der Bundeswehr?

Warum diese Forderung zur Schärfung unseres friedenspolitischen Profils nichts beiträgt.

Der vorliegende Programmentwurf stellt meines Erachtens völlig richtig die friedenspolitischen Positionen und Forderungen der LINKEN in den Kontext der Kritik imperialistischer Politik und der daraus resultierenden Kriegsursachen und thematisiert, wenn auch in etlichen Fragen noch unzureichend, Kernfragen der Militarisierung der deutschen Politik wie Auslandseinsätze, Ausbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee, die Rolle der Nato mit der Perspektive eines Systems kollektiver Sicherheit, die Militarisierung der EU, Rüstungsexporte und andere Fragen.

In der Diskussion des Entwurfs wurde von Hartmut Ring allen Ernstes vorgeschlagen, den friedenspolitischen Teil durch einen Forderungskanon zu ersetzen, kulminierend in der Forderung nach Abschaffung der Bundeswehr, ohne inhaltliche Einbindung in eine Analyse der

gegenwärtigen internationalen Konfliktformationen und der Stellung der Bundesrepublik darin. Meiner Meinung nach läuft das darauf hinaus, Politik durch Gesinnung zu ersetzen.

Für mich steht die Frage so: Ist die Abschaffung der Bundeswehr als zentrale friedenspolitische Zielsetzung unserer Partei geeignet, aktuell und mittelfristig die Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten der Partei für einen Politikwechsel zu erweitern oder neue zu erschließen, am Massenbewusstsein anzuknüpfen, Bündnismöglichkeiten über die Organisationen der Friedensbewegung hinaus zu erschließen (zum Beispiel Kirchen und Gewerkschaften), das Kräfteverhältnis zu verändern, die Hegemonie der Position zu brechen, dass ein Staat eine Armee brauche, um sich zu verteidigen und seine Interessen durchzusetzen?





Meine Kurzantwort vorweg: Ich halte diese Orientierung unter den genannten Gesichtspunkten für eine friedenspolitische Sackgasse. Linke Politik wird diesen Anforderungen nicht gerecht, indem einer schlechten und grausamen Wirklichkeit ein wünschenswerter zukünftiger Zustand (Bundesrepublik ohne Armee) entgegengestellt und der schwierige und langwierige Prozess seiner Verwirklichung dabei ausgeblendet wird.

Eine solche Zielsetzung, wenn sie nicht ausdrücklich als Endpunkt eines langen Weges der Zivilisierung der deutschen Außenpolitik generell und der deutschen Politik innerhalb des Nato-Bündnisses definiert wird, erfordert einen einseitigen Willensakt der deutschen Politik, einen Ausstieg aus Bündnisstrukturen und den Bruch mit deren Politik. Es kommt mir vor wie die Verlängerung von Haltungen und Argumenten aus dem Bereich der individuellen Kriegsdienstverweigerung in den Bereich der Außen- und Militärpolitik hinein. Ohne dass auch nur ansatzweise klar wird, wie ein solcher Mehrheitswille zustande kommen soll.

Abschaffung der Bundeswehr ist überhaupt undenkbar ohne scharfe Auseinandersetzung mit der Nato, was eine Kritik und die Auseinandersetzungen mit Bündniszielen, ihren Einsatzgrundsätzen und deren Anwendung voraussetzt. Abschaffung der Bundeswehr ist weiterhin undenkbar ohne Stopp und Umkehr von Militarisierungsschüben wie zum Beispiel gerade auf EU-Ebene mit dem Aufbau eines Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) unter vorwiegend militärischen Vorzeichen, Ausdruck des Aufrüstungs- und Militarisierungsgebots der Lissabon-Verträge. Hier ließe sich noch mehr anführen.

Die Bundeswehr hätte es nie geben dürfen (Gunhild Berdal). Wie wahr.

Aber die fast bedingungslose Bündnisorientierung der deutschen Militärpolitik und der Bundeswehr von den allerersten Anfängen bis heute war die Voraussetzung der schnellen Remilitarisierung der BRD, bekanntlich gegen massiven Widerstand. Diesen Prozess umzukehren, die Bündnisziele anzugreifen und zu delegitimieren bedeutet, einen langen Atem zu haben und unermüdliche Aufklärung.

Es kommt für die LINKE vor allem darauf an, sich mit der hegemonialen Stellung einer Politik auseinander zu setzen, die dem Einsatz von Militär zugrunde liegt und die den Krieg nach wie vor als legitimes Mittel der Politik ansieht. Es muss darum gehen, wie in anderen Politikfeldern der LINKEN auch, Sofortforderungen und Zwischenschritte zu formulieren, die den Prozess der Zivilisierung befördern, für die man Bündnispartner und Massenzustimmung gewinnen kann, um sie durchzusetzen (exemplarisch steht hier die Forderung „Bundeswehr raus aus Afghanistan“). Etliche Autoren aus der Friedensbewegung geben dazu in kritischer Auseinandersetzung mit dem Entwurf eine Fülle von Anregungen. Dass die Forderung nach Abschaffung der Bundeswehr als aktuelle und zentrale Zielstellung hier Impulse setzen kann, wage ich doch sehr zu bezweifeln. Ich sehe hier eher einen klaren Fall von politischem Wunschenken.

Angenommen, die Abschaffung der Bundeswehr als zentrale friedenspolitische Zielsetzung wäre im Grundsatzprogramm verankert. Welchen operativen Wert hätte das für die Weiterentwicklung unserer friedenspolitischen Positionen? Welcher Beitrag zur friedens- und außenpolitischen Interventionsfähigkeit der LINKEN ergibt sich daraus, verstanden als Fähigkeit, den politischen Prozess zu beeinflussen, parlamentarisch wie außerparlamentarisch? Meine Antwort: keiner. Und die Überzeugungskraft unserer Argumente stärkt es auch nicht.

Die konkrete friedenspolitische Utopie ist nicht „Abschaffung der Bundeswehr“ als nationaler Alleingang, sondern immer noch die alte universelle Losung „Frieden schaffen ohne Waffen“, die, nebenbei bemerkt, auf einen Prozess der Zivilisierung der internationalen Politik orientiert. Es kommt darauf an, den deutschen Beitrag dazu auf den verschiedenen Konfliktfeldern (Auslandseinsätze, Bündnisdoktrin, Militarisation der EU, Rüstungsexporte, innere Militarisation etc.) aus linker Perspektive zu bestimmen. Um in den aktuellen Auseinandersetzungen friedliche Alternativen entwickeln und den Politikprozess beeinflussen zu können. Die Zuspitzung auf „Abschaffung der Bundeswehr“ trägt dazu nichts bei.

**Herbert Schulz**, Landessprecher der LINKEN Hamburg, Mitglied der AG Frieden und internationale Politik





# Der Internationalismus - programmatischer Eckpfeiler sozialistischer Politik

Die Abwesenheit kriegerischer Handlungen im eigenen Land bedeutet keineswegs, dass Frieden herrscht.

Ein Blick über die Grenzen hinaus zeigt es: Deutschland bombt in Afghanistan, und das ist nur einer von vielen Konflikten weltweit, deren Ursachen in einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung zu suchen sind. Triebkraft ist die unersättliche Gier der entwickelten kapitalistischen Staaten, sich im Rennen um wirtschaftliches Wachstum die begrenzten Ressourcen dieses Planeten um jeden Preis anzueignen. Wie positioniert sich DIE LINKE dazu in ihrem Programmwurf?

Grundlage von sozialistischer Politik kann nur die bedingungslose Solidarität mit den „Verdammten dieser Erde“ sein, wie Fanon sie genannt hat. Seit der Aufforderung von Marx und Engels aus dem Kommunistischen Manifest („Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“) gehört die Erkenntnis, dass der Kapitalismus nur im weltweiten Maßstab durch die Kooperation der unterdrückten Klassen zu schlagen ist, zum Grundsatz linker Politik. Und dieses Postulat erscheint heute umso dringlicher, als der gemeinsame Feind, das Kapital, die einengenden nationalen Grenzen lange schon hinter sich gelassen hat. Geist und Wesen eines fundamentalen Internationalismus sind jedoch im Programmwurf der Partei nicht auszumachen oder nur in versprengten Fragmenten zu erahnen. Im Zeitalter kapitalistischer Globalisierung verkümmert anscheinend in der Linken einmal mehr das Verständnis für die Notwendigkeit des Schulterschlusses der für ihre Emanzipation Kämpfenden ...

Eine erste wichtige Zäsur in dieser Richtung war der Erste Weltkrieg. Der deutschen Sozialdemokratie, die der Kriegspolitik des Kaiserreiches ihren Segen gab, folgten andere sozialistische Parteien und schwenkten auf eine nationalpatriotische Linie unter den Bannern ihrer jeweiligen Bourgeoisien ein. Diese „Linken“ trieben die Arbeiter und Bauern ihrer Länder gegeneinander in die Schützengräben. Sie offenbarten damit zugleich ihren eigenen moralischen und politischen Bankrott. Eine Minderheit von Internationalisten, die Luxemburg und Liebknecht, Lenin, Trotzki und andere, schwammen gegen den Strom und wurden in ihrer Haltung bestätigt, als aus den Trümmern des Krieges das revolutionäre Feuer neu entflammte. Eine Dekade danach war es der Stalinismus, der unter anderem auch mit seiner Doktrin vom „Sozialismus in einem Lande“ und einer bestenfalls halbherzigen, seinem Eigeninteresse untergeordneten Solidaritätspolitik den späteren Kollaps des Realsozialismus 1989/90 einleitete.

Regressive Entwicklungen dieser Art sind eine ständige Gefahr, die kontinuierliche Wachsamkeit erfordert. Gerade und zuerst in der eigenen Partei! Das erste Kapitel des Programmwurfs („Woher wir kommen, wer wir sind“) ist in diesem Zusammenhang ein bizarres Beispiel von Geschichtsklitterung, da in ihm die russische Revolution und der antikoloniale Befreiungskampf der Völker der „Dritten Welt“ nach dem Zweiten Weltkrieg völlig unterschlagen

werden. Das Programm darf kein Sammelsurium von Beliebigkeit und provinzieller Nabelschau sein, sondern muss den dringlichen Aufgaben gerecht werden, vor denen nicht nur wir, sondern auch die sich weltweit gemeinsam mit uns zu Befreienden stehen.

Es fehlt eine klare Absage an jede Form von nationalem, kulturellem oder religiösem Überlegenheitswahn gegenüber anderen Völkern und Kulturen. Wir werden täglich durch die Boulevardpresse und andere Medien mit irrationalen Ressentiments und chauvinistischer Hetzpropaganda indoktriniert: Je nach politischer Wetterlage sind es islamische Fundamentalisten als Bedrohung „unserer westlichen Werte“ oder aber die Griechen, die auf Grundlage „unserer“ EU-Beiträge ihr Faulenzerdasein frönen - zwei Beispiele, die Konjunktur haben. Dem ständigen Recycling solch geistig-ideologischen Abfalls müssen wir klare Analysen entgegenhalten: über die Zusammenhänge, die zwischen Unterentwicklung und dem Elend großer Mehrheiten im globalen Süden einerseits und Überfluss und Verschwendung hierzulande (für den großen, wenn auch schrumpfenden Teil unserer Gesellschaft) bestehen. Das findet im Programmwurf nirgends statt. Und auf solch unbequeme Wahrheiten muss unsere Politik zielen, auch wenn das nicht sofort überall nur Beifall findet.

Der Absatz im Programmwurf über internationale Zusammenarbeit und Solidarität erschöpft sich in paternalistischen Entwicklungshilfeformeln, die aus anderen Parteiprogrammen bis in die bürgerliche Rechte hinein abgeschrieben sein könnten. Internationalismus ist etwas anderes: Die klare Bereitschaft, die Menschheit als Einheit zu betrachten. Ein Bauer aus Afghanistan oder eine Näherin in Bangladesh hat uns genauso nahe zu stehen wie die Marginalisierten hierzulande. Das bedeutet Eintreten für eine gerechte und nachhaltige Weltwirtschaft, wobei unser opulenter Lebensstil in Frage gestellt werden muss. Politik auf dieser Basis ist Friedenspolitik.

Kuba demonstriert, wie wahrer Internationalismus aussieht: Ohne wirtschaftliches Eigeninteresse versendet das kleine Land 50.000 Ärzte, hat eine medizinische Eingreiftruppe für Naturkatastrophen in aller Welt bereit gestellt, und fast zehntausend arme Kinder aus Entwicklungsländern haben kostenlos auf der Insel Medizin studiert. Während im Bundestagswahlprogramm noch die Aufhebung der völkerrechtswidrigen Wirtschaftsblockade der USA gegen Kuba gefordert wurde, taucht dies im Programmwurf nicht mehr auf. Das muss geändert werden!

Der Aufbruch zahlreicher Länder in Lateinamerika und ihr Aufbau einer regionalen und solidarischen Zusammenarbeit verdienen mehr als einen Satz im Programm. Gerade durch ideelle und materielle Unterstützung dieser Prozesse und der Menschen, die in vorderster Reihe gegen Imperialismus und neoliberalen Irrsinn auch für uns im Feuer stehen, muss unsere Partei ihren emanzipatorischen Anspruch mit Leben erfüllen!

**Wolfgang Mix**, AG Cuba Sí und AK Programm

## Buchtipp: Schock-Strategie

Naomi Kleins internationaler Bestseller über den „Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus“ gehört zu den herausragenden Texten der politischen Linken seit dem Ende der Blockkonfrontation. Klein zeichnet darin den globalen Siegeszug des Neoliberalismus nach - und rechnet minutiös den Blutzoll auf, den die Verbreitung des „freien Marktes“ gefordert hat. Es ist die Geschichte der Gewalt, ohne die die kruden Rezepte Milton Friedmans und seiner Chicagoer Ökonomschule - Deregulierung, Privatisierung, Steuersenkungen - vermutlich eine nur Wissenschaftshistorikern bekannte Absonderlichkeit geblieben wären.

Klein räumt gründlich mit dem Mythos auf, neoliberale Ökonomie und politische Demokratie seien miteinander verträglich. Ob in Chile, Argentinien oder Russland, im Irak oder in Afghanistan, in New Orleans nach „Katrina“ oder in Sri Lanka nach dem Tsunami - stets setzten Neoliberale auf die ebenso simple wie brutale Strategie des „shock and awe“ und „cash in on chaos“. Erst versetzen Krieg, Putsch oder Naturkatastrophe ganze Gesellschaften in einen Schockzustand - dann unterzieht man sie einer euphemistisch „Wiederaufbau“ oder „Reform“ genannten Behandlung, die kollektives Eigentum zer-

schlägt, demokratische Strukturen zerstört, Freiheitsrechte beschneidet und Existenzen buchstäblich vernichtet. Und dabei einer winzigen Elite über Nacht immense Profitmöglichkeiten erschließt.

In ihren rasant geschriebenen, faktengesättigten Fallstudien fördert Klein viele unappetitliche Details zutage und scheut sich nicht vor steilen Thesen wie der, die ökonomischen „Schocktherapien“ seien den im Folterhandbuch der CIA versammelten Methoden nicht nur strukturell verwandt, sondern zu ihrer Durchsetzung immer wieder konkret auf sie angewiesen. Konservative Kritiker entblödeten sich nicht, Klein deshalb eine geistige Nähe zu Usama bin Laden zu unterstellen. Das wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre. Wer lesen kann, sollte dieses Buch lesen.

**Annette Sawatzki**, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. Hamburg, Mitarbeiterin von Jan van Aken (MdB)

Naomi Klein: Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt (Fischer TB) 2007, 12,95 €

### Das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung

Kurz nachdem das „Krefelder Forum“ im November 1980 unter der Überschrift „Der Atomtod bedroht uns alle - keine neuen Atomraketen in Europa!“ den „Krefelder Appell“ veröffentlicht hatte, fanden sich in Hamburg Friedensbewegte aus Parteien, Gewerkschaften, Kirchengemeinden, Jugend- und anderen Organisationen - als Einzelpersonen oder mit Mandat ihrer Organisationen - zum „Hamburger Forum“ zusammen, um die Unterstützung des Krefelder Appells zu organisieren und den Kampf gegen die drohende Stationierung von Pershing II-Raketen und Cruise-Missiles aufzunehmen. Das Forum wurde schnell zum Motor des Aufschwungs der Friedensbewegung in Hamburg und entwickelte sich zum Informations- und Aktionszentrum für die vielen örtlichen Friedensinitiativen, die sich in fast allen Stadtteilen gründeten.

Parallel zum Rückgang der bundesdeutschen Friedensbewegung Ende der 1980er Jahre wurde auch der Kreis derer immer kleiner, der die Arbeit des Forums aufrechtzuerhalten suchte, was durch den Verlust der organisatorischen Unterstützung durch die DFU noch erschwert wurde. In dieser Situation gründeten vierzehn der verbliebenen „Aufrechten“ Anfang 1990 den Verein „Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung“, um sich einen festeren organisatorischen Zusammenhalt zu geben und über steuerabzugsfähige Mitgliedsbeiträge und Spenden eine solide finanzielle Basis der Arbeit zu schaffen.

Dieses Forum hat dafür gesorgt, dass seither in Hamburg jedes Jahr ein Ostermarsch, eine Aktion zum Hiroshima-Tag und um den 1. September eine Antikriegsdemonstration stattgefunden haben. Es war Mitorganisator einer großen Demonstration in Hamburg gegen den Golfkrieg von 1991, der Aktionen gegen den Jugoslawienkrieg 1999, gegen den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr seit 2001 und gegen den Überfall auf den Irak 2003. Hamburgspezifisch sind unsere Aktivitäten gegen Marine-Rüstung und die Militarisierung des Hafengeburtstags.

Wichtig für den Zusammenhalt der Aktiven der Hamburger Friedensbewegung ist unser Rundbrief mit Informationen aus der Friedensbewegung, der per E-Mail und per Post verschickt wird, und unsere Internetseite [www.hamburger-forum.org](http://www.hamburger-forum.org) Die Aktivitäten des Forums werden von einem losen Kreis von Aktiven vorbereitet, mit denen sich der Vorstand alle vierzehn Tage trifft. Wichtig ist uns auch die Unterstützung bundesweiter Friedensaktivitäten und die Mitarbeit im Bundesausschuss Friedensratschlag.

**Wolfgang Kirstein**, Physiker an der Universität Hamburg i.R., seit Beginn der 1960er Jahre in der Hamburger Friedensbewegung aktiv, zur Zeit Vorsitzender des Hamburger Forums, [www.hamburgerforum.org](http://www.hamburgerforum.org)





# Gaza - ein Landstrich ohne Hoffnung

702 Teilnehmer aus mehr als 30 Ländern waren an Bord der sechs Schiffe der Free Gaza Flottille, darunter die Knesset-Abgeordnete Hanin Soabi, die irische Friedensnobelpreisträgerin Mairead Corrigan, der schwedische Schiffsteller Henning Mankel sowie die beiden Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE Annette Groth und Inge Höger. Auch zwei Hamburger gehörten zu diesem internationalen Bündnis von Juden, Christen, Muslimen und Atheisten: Der Völkerrechtler und frühere Bundestagsabgeordnete Norman Paech sowie der Vorsitzende der Palästinensischen Gemeinde Hamburg Nader el Sakka.

Mehr als 10.000 t Hilfsgüter waren an Bord: Nahrungsmittel, Textilien, Pharmaka und medizinisches Gerät, Kinderspielzeug, 20 t Papier, Stromaggregate, Zement, Stahl, Holz, Dachziegel, Fensterrahmen, Glas und die Materialien für 50 Fertighäuser. Waffen waren nicht an Bord, die Kontrollen in den Häfen von Athen, Istanbul und Agios

Nikolaos waren sehr streng gewesen und außerdem hatten sich alle Teilnehmer zur Gewaltfreiheit verpflichtet. Zum 9. mal seit 2008 hatte die Organisation FREE GAZA MOVEMENT, eine weltweit vernetzte Menschenrechtsbewegung mit Sitz in Nikosia, Schiffe Richtung Gaza starten lassen nicht nur, um dringend notwendige Hilfsgüter an Land zu bringen, sondern auch, um auf die völkerrechts-

widrige Strangulierung und das Aushungern einer Bevölkerung von mehr als 1,5 Millionen Menschen öffentlich aufmerksam zu machen und so zu einem Ende der See-Blockade des Gazastreifens durch israelische Streitkräfte beizutragen.

Am frühen Morgen des 31. Mai wurde das türkische Flaggschiff, die Mavi Marmara, in internationalen Gewässern von israelischen Marineeinheiten und aus der Luft angegriffen, mehr als 1000 israelische Soldaten sollen an dieser Operation „Seebrise“ beteiligt gewesen sein. Schüsse fielen aus Hubschraubern, bevor einer der Soldaten das Schiff geentert hatte.

Die sich an Deck aufhaltenden Teilnehmer versuchten, mit Holzlatten und Eisenstangen die Soldaten abzuwehren, aber am Ende dieses Überfalls waren 9 türkische Teilnehmer der Free Gaza Flottille erschossen, überwiegend durch Kopfschüsse und auch von hinten, wie die spätere Obduktion ergab. Außerdem wurden zahlreiche Passagiere z.T. schwer verletzt, 7 israelische Soldaten erlitten auch Verletzungen, konnten aber ambulant versorgt werden.

Alle sechs Schiffe und ihre Passagiere wurden in den israelischen Hafen Aschdod gezwungen, gefesselt und ihrer Habseligkeiten beraubt.

Die internationale Reaktion auf diese Piraterie ließ nicht lange auf sich warten. Verurteilungen durch die US-Regierung, den UN-Sicherheitsrat, die EU-Kommission und das EU-Parlament, verbunden mit der Aufforderung an Israel, die Blockade des Gazastreifens, zu beenden, beherrschten für viele Tage die Schlagzeilen. Aber auch aus Berlin kam überraschenderweise ein einstimmiges und eindeutiges Votum des Bundestages zur sofortigen Aufhebung der See-Blockade vor der Gaza-Küste. Das konnte auch nicht die sofort einsetzende propagandistische Vernebelungsaktion durch die israelische Regierung und ihre Streitkräfte verhindern. Sie waren dieses Mal zu weit gegangen, neun Tote waren zu viele.

Wie konnte es zu dieser Tragödie kommen? Ein Blick auf die jüngere Geschichte des Gaza-Streifens ist hilfreich. Dieser 40 km lange Küstenstreifen, halb so groß wie Hamburg mit fast der gleichen Einwohnerzahl, war 1948 nach dem arabisch-israelischen Krieg Ägypten zur Verwaltung überantwortet worden. Die Bewohner - überwiegend Flüchtlinge aus Israel - erhielten keine staatsbürgerlichen Rechte und blieben somit staatenlos im Gegensatz zu den Palästinensern im damals von Jordanien besetzten Westjordanland, die die jordanische Staatsbürgerschaft erhielten. Nach dem 6-Tage-Krieg 1967 und dem Sieg über Ägypten wurde der Gaza-Streifen von Israelischen Truppen besetzt. Diese Besatzung dauerte 38 Jahre bis 2005. Fast die Hälfte des Streifens - nur 14 % davon waren für Landwirtschaft nutzbar - wurde allerdings inzwischen von damals 8500 jüdischen Siedlern bewohnt, sicher abgeschottet von den übrigen Bewohnern. Unter dem Ministerpräsidenten Ariel Scharon wurden diese Siedlungen geräumt - gegen den erbitterten Widerstand der Siedler.

Im Januar 2006 gewann die Hamas bei den Parlamentswahlen der Palästinensischen Autonomiegebiete im Westjordanland und im Gazastreifen die absolute Mehrheit. Internationale Wahlbeobachter haben die Korrektheit dieser Wahl immer wieder bestätigt. Im Gegensatz zur Fatah hat sich die Hamas aber nicht mit dem Existenzrecht Israels abgefunden, sie beansprucht ganz Palästina vom Mittelmehr bis zum Jordan. Die darauf einsetzende internationale Isolation, der Stop der Finanzhilfen an die Autonomiebehörde durch die USA und die EU, zwang die Hamas im September 2006 zu einer Regierung der Nationalen Einheit mit der verfeindeten als korrupt angesehenen Fatah. Bereits im Juni 2007 gelang es im Kampf um Gaza der Hamas, die Fatah aus dem Gaza-Streifen zu vertreiben und allein die Macht zu übernehmen. Seitdem häuften sich die palästinensischen Raketen- und Mörser-Angriffe auf israelische Dörfer und Städte. Israel antwortete durch Militärschläge und gezielte Tötungen von Hamas-Aktivisten und bereits 2007 durch eine totale Blockade. Im Juni 2008 trat eine von Ägypten ausgehandelte Waffenruhe in Kraft, die aber be-

sonders durch Israel immer wieder durchbrochen wurde. Am 4. November 2008 bombardierte die israelische Luftwaffe Gaza, vier Palästinenser kamen ums Leben. Damit war die Waffenruhe beendet.

Der Konflikt eskalierte erneut, als am 27. Dezember 2008 die israelische Operation „Gegossenes Blei“ gegen den Gaza-Streifen begann, der schwerste Luftangriff seit dem 6-Tage-Krieg 1967. Mehr als 1400 tote Palästinenser, darunter Hunderte von Kindern, auf der Gegenseite 15 israelische Opfer, Zerstörung unzähliger Häuser und Unterkünfte. (siehe den Goldstone-Bericht im Auftrage der UN).

Die Hoffnungslosigkeit, die Verzweiflung der Bewohner des Gazastreifens - mehr als die Hälfte davon unter 15 Jahre alt - wächst mit jedem Tag. Der Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu, ein Unterstützer von Free Gaza Movement, hat Gaza „das größte Freiluftgefängnis der Welt“ genannt. Die Grenzen sind nach wie vor geschlossen, ohne israelische Kontrolle und Genehmigung

kommen weder Menschen noch Hilfsgüter und auch Wiederaufbau-Materialien nach Gaza.

Aktuell werden die Berichte der Free-Gaza-Aktivistinnen voll bestätigt: Eine Expertenkommission des UN-Menschenrechtsrats stellt in einem 56 Seiten starken Bericht fest, dass sich Israel bei der Erstürmung der Mavi Marmara schwerer Verstöße gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte schuldig gemacht habe. Die Todesumstände von „mindestens sechs“ der getöteten Opfer gleichen einer „willkürlichen Hinrichtung“.

Den Aktivistinnen der Free-Gaza-Flottille und leider auch besonders den Toten und Verletzten ist es zu verdanken, daß die unerträgliche Lebens-Situation der Menschen im Gaza-Streifen wieder in unser Bewußtsein gerückt ist. Wenn es nicht zu noch größeren Katastrophen kommen soll, muß die Blockade umgehend aufgehoben werden.

**Sönke Wandschneider**, Pastor i.R., LAG Frieden und Internationalismus

## Der Krieg gegen Serbien

Subotica, nördlich von Serbien dicht an der ungarischen Grenze, in der Provinz Vojvodina, eine Stadt von 100.000 Einwohnern, die Heimat meiner Frau, in der wir jetzt monatelang leben, liegt im „Protektorat“ der NATO bzw. der EU. So habe ich täglich vor Augen, welche Folgen der Krieg hatte. Denn die serbische Politik ist heute fast ganz vom Westen abhängig.

Es begann damit, dass die deutsche Bundesregierung unter Kohl und Genscher systematisch die Zerstückelung der Bundesrepublik Jugoslawien betrieb: Genscher setzte zuerst 1991 die Anerkennung der Abspaltung Sloweniens gegen EU-Beschlüsse durch, dann die von Kroatien. Der Krieg in Bosnien wurde vom UN-Sonderbotschafter für Jugoslawien, Cyrus Vance, als „Genschers war“ bezeichnet. Später erfolgte die Selbständigkeit von Mazedonien. Es blieb Serbien mit der autonomen Provinz Kosovo. In Serbien war seit 1990 auch das kapitalistische System schon unter Milosovic eingezogen, aber die privatisierten Betriebe gingen zumeist an die serbische Elite. Da es nicht gelang, Serbien bedingungslos für die westlichen Konzerne zu öffnen und die nationalistischen Konflikte zwischen Kosovo-Albanern und Serbien geschürt worden waren, war die Loslösung des Kosovo, die dann 2008 mit der Selbständigkeit erfolgte, ein probates Mittel, Serbien zu schwächen. Nach General Loquai ist die BRD nicht aus Bündnisverpflichtungen in den Krieg hineingeschlittert, sondern die Bundesregierung tendierte bereits 1998 zu einer militärischen Lösung, weil Jugoslawien Testfall für die neue deutsche Großmachtrolle spielen sollte. 1)

Parallel dazu feilte die NATO zu ihrem 50. Geburtstag an einem neuen strategischen Konzept: Sie wollte unabhängig von der UNO agieren können und sich nicht mehr deren Beschlüssen unterordnen, wie sie es noch im Bosnien-Krieg musste. „Die NATO erklärt(e) sich zur Ordnungsmacht“ (DIE WELT, 26.4.99). Pünktlich zum

Jubiläum des bisherigen „Verteidigungsbündnisses“ wurde ohne jegliches UNO-Mandat ein Angriffskrieg gegen Jugoslawien systematisch vorbereitet. Gefordert von Frankreich fand im Februar 1999 eine Friedenskonferenz in Rambouillet statt, die schließlich scheiterte. Serbien weigerte sich, das diktierte Abkommen zu unterzeichnen. Angaben von Beteiligten zufolge waren die Forderungen an Serbien absichtlich unannehmbar konzipiert worden. Serbische Vorschläge waren ohnehin allesamt abgelehnt worden (19.3.99).

Daraufhin begann am 24.3.1999 die NATO ohne UNO-Mandat, also völkerrechtswidrig, das Bombardement Serbiens, das bis Juni 1999 dauerte. Mit dabei deutsche Soldaten - erstmals seit 1945 direkt beteiligt am Krieg. Die gerade frisch ins Amt gekommene rot-grüne Regierung unter Schröder und Fischer hatte als eine ihrer ersten Amtshandlungen beschlossen, die BRD an diesem Angriff zu beteiligen. Als der DGB diesen völkerrechtswidrigen Einsatz der Bundeswehr begrüßte, gab es Protest. Zahlreiche Gewerkschafter sind unter dem Motto „Dialog von unten statt Bomben von oben“ demonstrativ mitten im Raketen- und Bombenhagel zu den GewerkschaftskollegInnen nach Serbien gefahren, um deutlich zu machen, dass sie gegen den Krieg und die deutsche Kriegsbeteiligung sind.

**Daraufhin begann am 24.3.1999 die NATO ohne UNO-Mandat, also völkerrechtswidrig, das Bombardement Serbiens, das bis Juni 1999 dauerte.**

Im Rahmen dieser Reise in den Krieg haben wir den modernen konventionellen Krieg erlebt und seine Folgen gesehen: Zielgenau wurden aus der Luft Fabriken, Brücken, Verwaltungszentren, Fernsehsender, Raffinerien,

Zigarettenfabriken (um die rauchende Bevölkerung gegen Milosovic aufzubringen!) zerstört. Menschenansammlungen und Krankenhäuser wurden mit Raketen und uranabereicherten Bomben sowie Splitterbomben attackiert. Deutsche Offiziere arbeiteten die Ziellisten mit aus und deutsche AWACS-Piloten fungierten als Feuerleitzentralen. Wir haben bei unserem Solidaritätsbesuch hautnah erlebt, wie ein konventioneller Krieg die Zivilisation nachhaltig schädigt. Bis heute hat Serbien sich nicht davon erholt. Und die BRD hat sich erstmals wieder seit 1945 an einem Angriffskrieg beteiligt, und das unter Führung einer SPD/GRÜNEN- Bundesregierung!

Damit waren das Grundgesetz Art. 26 (Verbot eines Angriffskrieges) und die UNO-Charta offen gebrochen worden. Es war dieser erste Kriegseinsatz der Bundeswehr, wie wir heute wissen, durch eklatante groß angelegte Lügen über Massaker und systematische ethnische Säuberungen propagandistisch vorbereitet worden. Man müsse, damit sich Auschwitz nicht wiederhole, aus hu-

manitären Gründen, eben militärisch intervenieren- so Joschka Fischer (GRÜNE) und Rudolf Scharping (SPD). Vergessen, was J. Fischer noch 1994 sagte, als er nicht der Regierung angehörte: „Wo deutsche Soldaten im 2. Weltkrieg gewütet haben, darf es keine Einsätze geben. Ich wäre froh, wenn die, die das wollen, sich nicht wenigstens andauernd hinter der Humanität verstecken würden, um eben diese Position durchzusetzen.“ 2) An diesen Sündenfall deutscher Politik und der Politik der GRÜNEN und der SPD muss immer wieder erinnert werden, denn damit wurde den Auslandseinsätzen der Bundeswehr Tür und Tor geöffnet und eine neue deutsche Großmachttrolle vorbereitet.

**Rule von Bismarck**, Journalist, Subotica/Serbien

1) H. Loquai „Weichenstellung für einen Krieg“, Nomos, Baden- Baden, 2003, S. 44 f

2) Stern 24.3.99

## Kurdistanhilfe

Der Gründungsimpuls entstand 1992 aus der ersten Delegationsreise in die kurdischen Gebiete der Türkei, damals auf Einladung der Ölarbeiter- und Chemiegewerkschaft Petrol Is in Batman. Damals galt Batman als gefährlichste Stadt der Türkei, weil dort in der ersten Hälfte der 90er Jahre mehrere hundert Menschen von „unbekannten Tätern“ aus Kreisen des Geheimdienstes ermordet wurden. Die Opfer waren Menschenrechtsaktivisten, Journalisten, Bürgermeister, Gewerkschafter, aber auch Zeitungsverkäufer, Kleinbauern und Arbeiter. Am bekanntesten ist die auf offener Strasse erfolgte und nie gesühnte Erschießung des kurdischen Parlamentsabgeordneten Mehmet Sincar, der mit einer Untersuchungskommission nach Batman gefahren war.

In dieser Situation beschlossen TeilnehmerInnen aus der ersten Hamburger Delegation, Geld für einen Notarztwagen für die ländliche Bevölkerung Batmans zu sammeln. Das Projekt ließ sich jedoch nicht umsetzen, da die türkische Armee dazu überging, die nicht zur Kollaboration bereiten Dörfer gerade in der Umgebung von Batman zu entvölkern und zu zerstören. Insgesamt 4000 Dörfer fielen dieser Strategie zum Opfer. Mehrere Millionen Menschen wurden so zu Flüchtlingen. Daraufhin stellte die Kurdistanhilfe sog. Notfallkoffer für die medizinische Grundversorgung zusammen und schaffte sie unter erheblichen logistischen Schwierigkeiten nach Kurdistan.

Diese Delegationen standen unter der Schirmherrschaft der GEW, den Quellgewerkschaften von ver.di (HBV, ÖTV und IG Medien), der Humanistischen Union, der Nordelbischen Kirche und verschiedener Parteien (anfangs noch der GAL, dann Regenbogen, dem SSW in Schleswig-Holstein, der PDS und dann der LINKEN). 2010 beteiligten sich der Hamburger Bundestagsabgeordnete Jan van Aken, der Abgeordnete der Bürgerschaft, Norbert Hackbusch, sowie der Kieler Landtagsabgeordnete Björn Thoroer an der Reise.

Ein weiterer Schwerpunkt der Aktivitäten bestand in der Beteiligung an der weltweiten Kampagne gegen den Bau des Ilisu-Staudamms mit der Folge der Versenkung und unwiederbringlichen Zerstörung der 10 000 Jahre alten Stadt Hasankeyef am Tigris, Betroffen wäre allerdings nicht nur das einzigartige Weltkulturerbe, sondern auch das gesamte Ökosystem des Tigris und die Existenzgrundlage von 120 Dörfern. Das hat mit dazu beigetragen, dass die BRD und die Schweiz mit ihren Bürgschaften aus dem Mega-Staudamm-Projekt ausgestiegen sind. Nun steht es auf der Kippe.

Als aktuellstes Projekt steht die Finanzierung eines ÄrztInnenwagens für die Kandil- Berge in Süd-Kurdistan (Nord-irak). Konto: Kurdistan-Hilfe e.V., Nr.: 1049 222 704, Haspa, BLZ: 200 505 50

**Robert Jarowoy**, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona, Telefon: 39 63 86



# Ein Teufelskreis: Krieg - Flucht - Abschottung - Abschiebung

## Europas und Deutschlands Kriegspolitik

Die „Verteidigung deutscher Interessen am Hindukusch“, dieses geflügelte Wort für die aggressive kriegstreibende Außenpolitik prägte ausgerechnet ein sozialdemokratischer Außenminister.

Das Beispiel Afghanistan: Handfeste Interessen wie Sicherung der Handelswege und der Rohstoffe, zum Beispiel von Kobalt, Lithium, Eisenerz und Gas- und Ölvorkommen, sowie die geostrategische Position Afghanistans inmitten von Atomstaaten werden verborgen hinter der Attitüde der Terrorismusbekämpfung und des zivilen Aufbaus. Spätestens seit dem Anschlag in Kundus ist deutlich, dass Deutschland wie die anderen europäischen Staaten und die USA in Afghanistan Krieg führt mit den unerträglichen Folgen für die dort lebende Bevölkerung.

UN-Zahlen von 2001 bis heute belegen, was das neunjährige „Engagement“ gebracht hat: Der Zugang zur Grundschule wurde von 54 auf 60 Prozent gesteigert, die Alphabetisierung von 34 auf 36 Prozent. Das sind geringe Zuwächse. Bei der Wasserversorgung sind Erfolge zu verzeichnen: Sie stieg von 23 auf 41 Prozent. Dem steht aber eine gravierende Negativentwicklung gegenüber: Die Zahl der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen ist von 33 auf 42 Prozent gestiegen, die Unterernährung von 30 auf 39 Prozent. Die Zahl der in Slums lebenden Menschen hat sich von 2,4 auf 4,5 Millionen erhöht. Die Opiumwirtschaft ist von 100 Tonnen im Jahre 1971, 4.600 Tonnen in den 90er Jahren auf 8.200 Tonnen im Jahr 2007 angewachsen. Der Konsum von Drogen hat um die Hälfte zugenommen, der von Heroin hat sich verdoppelt. Eine Millionen Menschen konsumieren harte Drogen. Der Staat ist bis zur Spitze von der Drogenmafia durchdrungen.

70 Prozent aller Anschläge richten sich gegen die Besatzungsmächte der ISAF und gegen afghanische Sicherheitskräfte.

Durch diese Entwicklung sehen viele Menschen keinen anderen Ausweg, als ihr Land zu verlassen. Die meisten fliehen nach Pakistan. Die Menschen, die Schleuser bezahlen können, versuchen über viele Umwege nach Europa zu kommen.

Überall vertreiben Kriege und die Zerstörung der Infrastruktur die Menschen: Auf dem Balkan flohen infolge des Jugoslawienkrieges vor zehn Jahren Tausende in andere europäische Länder, unter ihnen viele Roma und Sinti. Die Ausplünderung des afrikanischen Kontinents, die Unterstützung korrupter Regime sowie die Kriege um Rohstoffe haben die Lebensgrundlagen in vielen Gebieten zerstört und große Flüchtlingswellen ausgelöst: in Somalia, im Sudan, im Kongo und in Angola, um nur einige zu nennen.

Die EU führt auch Krieg gegen die einheimische Wirtschaft, indem sie die Küstenländer Westafrikas unter Druck setzt, ihnen Fischereirechte zu verkaufen und mit hochtechnisierten Flotten den Fischern buchstäblich die Lebensgrundlagen „wegfischt“. Die nutzlosen Boote werden dann an Flüchtlinge verkauft oder vermietet.

## Flüchtlinge weltweit

Weltweit leben nach Angaben der UNO über 200 Millionen Menschen außerhalb ihres Landes, das heißt, etwa 3 Prozent der Weltbevölkerung sind MigrantInnen. Laut UN-Flüchtlingsrat (UNHCR) sind 40 Millionen Menschen auf der Flucht, von denen 80 bis 85 Prozent in der Herkunftsregion verbleiben: 24,5 Millionen sind innerhalb ihrer Länder auf der Flucht, zum Beispiel gibt es 5,8 Millionen „Binnenflüchtlinge“ im Sudan, 2,2 Millionen im Irak. Überschreiten sie die Grenzen, dann sind es die unmittelbaren Nachbarländer, die die Flüchtlinge aufnehmen. Über 2 Millionen afghanische Flüchtlinge leben in Pakistan, 500.000 IrakerInnen sind nach Syrien und 700.000 nach Jordanien geflohen. Laut UNHCR bleiben von zehn Millionen Flüchtlingen in Afrika 85 Prozent auf dem Kontinent. Ein Großteil von ihnen lebt in Südafrika, geschätzte 7,5 Millionen. (Zahlen von Pro Asyl und Medico International, 2008.)

## Eine „Masseninvasion“ nach Europa gibt es nicht!

2008 wurden in den 27 Mitgliedsstaaten der EU 238.000 Asylanträge gestellt. Die EU-Kommission spricht offiziell von 4,5 bis 8 Millionen „Illegalen“ in der EU, Zahlen, die von einem internationalen Forscherteam unter Führung des „Hamburger Weltwirtschaftsinstituts“ in Frage gestellt werden. Es ermittelte, dass wissenschaftlich bereinigt die geschätzten Zahlen zwischen 2,8 und 6 Millionen liegen, das wären 0,5 bis 1,5 Prozent der registrierten EU-Bevölkerung. Vergleicht man das allein mit der Zahl der Flüchtlinge in Südafrika, so ist die „Das-Boot-ist-voll-Argumentation“ des reichen Europas eine Farce.

## Flüchtlinge in der BRD und in Hamburg

In der BRD wurden 2008 etwas über 22.000 Asylanträge gestellt, von denen ca. 50 Prozent anerkannt wurden. Dem steht ungefähr die gleiche Zahl von Widerrufsverfahren entgegen, in denen der Anerkennungsstatus nach drei Jahren wieder aberkannt werden kann. Die seit vielen Jahren integrierten Flüchtlinge werden so verunsichert und von Ausweisung bedroht. 100.000 werden in Deutschland nur geduldet, in Hamburg sind es circa 10.000. Das sind Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde oder die noch auf eine Entscheidung warten. 2009 wurden 482 Menschen aus Hamburg abgeschoben, darunter ältere Menschen, die schon Jahrzehnte hier leben, Kranke, Säuglinge, Minderjährige.

Viele Geduldete leben in speziellen Unterkünften, einige in menschenunwürdigen Lagern, wie in Horst (Mecklenburg-Vorpommern). Sie sind der Residenzpflicht un-

terworfen, das heisst, sie können sich nicht über die Landesgrenzen hinaus bewegen, ohne gegen Gesetze zu verstoßen. Ihre staatlichen Zuwendungen liegen unterhalb der Armutsgrenze.

### **Abschottung durch Frontex**

Flüchtlinge sind offiziell unerwünscht, besonders in Europa. Legal kann kaum ein afrikanischer Flüchtling in Deutschland einreisen. Viel Geld wird zusammengekratzt, um einem Familienmitglied die Flucht durch viele afrikanische Länder und schließlich mit Booten über das Meer zu ermöglichen. 67.000 afrikanische „boat-people“ sind 2008 an Europas Küsten, besonders in Italien und Malta, gestrandet. Sie werden als illegale Einwanderer noch auf den Booten zurückgeschickt oder nach der Landung in Lagern „gehalten“ und abgeschoben. Dabei wird riskiert, dass viele Menschen auf See umkommen, bisher mindestens über 13.000 laut Presseberichten.

Für eine Küstenbewachung an den Außengrenzen Europas haben die EU-Länder tief in die Tasche gegriffen: 90.000 Millionen Euro wurden 2009 für die Abschottungspolitik der Grenzschutzagentur „Frontex“ investiert. 200.000 Menschen seien an der Einreise nach Europa gehindert worden, so der stolze Geschäftsbericht von Frontex.

Die Dublin-II-Verordnung der EU-Länder zwingt die Flüchtlinge, in den Randstaaten Europas unter schlechten Bedingungen zu leben. Die menschenunwürdige Unterbringung Hunderter unbegleiteter jugendlicher Flüchtlinge in Patras (Griechenland) sind ein Beispiel, wie Europa die Flüchtlinge behandelt. Falls sie zu Verwandten oder Freunden in andere Länder Zentraleuropas mit eventuell besseren Lebensbedingungen ziehen wollen, werden sie von dort wieder abgeschoben, da das Einreiseland als Verursacherland gilt. Diese Abschiebungen

innerhalb Europas haben inzwischen einen gleichgroßen Umfang erreicht wie die zurück ins Herkunftsland.

Die EU hat mit diesem System den Ländern an den Außengrenzen die Last für die Einwanderung aus allen Teilen der Welt überlassen, die nun eine Revision dieser Verordnung fordern. Das wird jedoch vor allem von der deutschen Regierung blockiert.

### **Den Teufelskreis durchbrechen : Für eine andere Außen-, Flüchtlings- und Migrationspolitik**

Es ist eine unerträgliche Situation, dass die reichen europäischen Staaten ihre Interessen mit Ausbeutung, Krieg und Zerstörung durchsetzen, aber die Menschen, die darunter leiden und keinen anderen Ausweg sehen, als ihr Land zu verlassen, abweist.

- Flüchtlinge müssen aufgenommen und ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen. 100.000 nur geduldete Menschen in Deutschland sind ein Skandal.
- In den Herkunftsländern müssen mehr Investitionen in den zivilen Aufbau gestartet werden zur Entwicklung einer eigenen lokalen Wirtschaft.
- Der Krieg in Afghanistan muss sofort beendet werden, denn Krieg ist keine Lösung.
- Frontex muss abgeschafft und das Geld in die Verbesserung der Versorgung und Lage der Flüchtlinge in Europa investiert werden.
- Die Auslandseinsätze der BRD müssen gestoppt und in die Infrastruktur der Länder muss investiert werden.
- Die Flüchtlingslager müssen abgeschafft werden, die Flüchtlinge müssen in innerstädtischen Wohnungen untergebracht werden.
- Die Abschiebepaxis muss sofort aufhören.

**Karin Haas**, Landessprecherin der LINKEN Hamburg und Sprecherin der AG Migration und Flucht

### **Kuba - ein spezieller Platz in unseren Herzen**

Cuba Sí Hamburg hat am 2. 10. 2010 sein fünfzehnjähriges Bestehen u. a. mit einer Podiumsdiskussion zu Kuba begangen, in der es darum ging, warum dieses Land eigentlich so bedroht und geächtet wird und wie es darauf reagiert. Seit über 50 Jahren versuchen Millionen von Menschen, sich aus kolonialer Abhängigkeit, von Monokultur und von Ausbeutung zu befreien - ein gewaltiges soziales Experiment. Wir unterstützen dies nicht nur mit Gegeninformationen zur einseitigen bürgerlichen Presse, sondern auch materiell mit dem Sammeln von Spenden für Projekte zur gesunden Ernährung und Milch für Kubas Kinder. Cuba Sí ist bundesweit tätig, die meisten Spendengelder gehen über Berlin nach Kuba. Unser jüngstes Projekt ist die Anschaffung eines Bulldozers für die von uns unterstützten Milchprojekte.\*



Kubanerinnen und Kubaner unternehmen nicht nur für die eigenen Kinder riesige Anstrengungen, allen gleichermaßen eine fundierte Bildung und Gesundheit zu ermöglichen, kubanische Lehrer und Ärzte leisten auch in der ganzen Welt vorbildliche solidarische Arbeit. Unter großem Einsatz haben Ärzte in Haiti geholfen oder auch nach verheerenden Erdbeben in Pakistan. Tausende von Jugendlichen aus der Dritten Welt studieren kostenlos in Kuba. Wenig bekannt ist auch die historisch bedeutsame Hilfe, die Kuba nationalen Befreiungsbewegungen, vor allem in Afrika, geleistet hat. Nelson Mandela sagte darüber: „Die Kubaner besetzen einen speziellen Platz in den Herzen der afrikanischen Völker. Die kubanischen Internationalisten haben einen Beitrag geleistet zu Unabhängigkeit, Freiheit und Gerechtigkeit in Afrika, dessen prinzipientreuer und selbstloser Charakter ohne Parallele ist.“

Wer Interesse an Kuba und an unserer Arbeit hat, erfährt mehr auf unserer Webseite [www.cuba-si-hamburg.de](http://www.cuba-si-hamburg.de) und kann uns auch darüber erreichen.

**Brigitte Schiffler**, Mitglied in der Partei DIE LINKE und Sprecherin von Cuba Sí Hamburg

\* Spendenkonto: DIE LINKE LV Hamburg, AG Cuba Si, Kto. Nr. 89 208 Postbank HH, BLZ 200 100 20

# Bis an die Zähne bewaffnet, aber kein Geld für Zahnersatz\*

\*Transparent auf einer Montagsdemo gegen HARTZ IV in Leipzig

## Anmerkungen zu den sozialen Folgen von Rüstung und Militär

„Jobs but bombs“ (Slogan auf einer US-Friedensdemo), „Money for nurses, not for war“ (Transparent der Kita-Beschäftigten, Demo des III. Europäischen Sozialforums in London), „Rüstung: Erstens schieße, zweitens teuer“ (Umhängeschild auf der letzten Hamburger Bildungsstreik-Demo).

Die Demonstranten sind „klüger“ als die veröffentlichte Meinung. Für die meisten Journalisten ist das Thema zu heiß. Aber auch für die Parteien. Selbst die Friedensbewegung argumentiert überwiegend völkerrechtlich, geopolitisch und moralisch-christlich. Auch DIE LINKE kritisiert lieber den Casino-Kapitalismus als den militärisch-industriellen Komplex.

Und auf Konferenzen zur Gefährlichkeit von AKWs wird kein Wort zu den in der BRD lagernden Atomwaffen verloren. Oft wird gesagt, dass Rüstung und Militär Bundessache seien und Kürzungen dort den Hamburger Haushalt eh nicht sanierten. Dabei müssen z. Z. 56,2 % der in Hamburg eingenommen Umsatz- und 42,5 % der Lohn- und Einkommenssteuer an den Bund abgeführt werden. Der überträgt immer mehr Aufgaben auf die Länder. Wollten sie ihre Aufgaben ernst nehmen, müssten sie die Kürzung der Rüstungsausgaben fordern, damit sie und Kommunen mehr Geld für Kitas, Museen, Schwimmbäder zur Verfügung hätten.

Denn die Rüstungs- und Militärausgaben sind riesig: Der Verteidigungshaushalt umfasst 2010 31 Mrd. €, gemäß NATO-Kriterien 34 Mrd. € (die NATO rechnet ihre Kosten und die des Bundesgrenzschutzes hinzu). Dazu kommen noch versteckte Militärausgaben in anderen Ressorts, wie z. B. Schadenersatz für Schäden durch NATO-Armeen, Verlegung der US-Militärbasen, Beschaffung von Waffen für Israel, Kosten des Zivildienstes. Zusammen weitere rd. 800 Mill. €. Auch die Kosten für die Weltraumprogramme oder die Galileo-Satelliten müssen dazu gerechnet werden. Für Auslandseinsätze werden in diesem Jahr 1, 2 Mrd. € veranschlagt. Zusammen: 36,7 Mrd. €.

DIE LINKE hat im Bundestag am 15.3.10 beantragt, 14,862 Mrd. € einzusparen:

	Mrd. €
Kürzung EPL 14 um 13 %	4,0
Verzicht Eurofighter 2. Tranche	1,3
Verzicht Military Airbus A 400 M	9,3
Verzicht Fregatte 125, Anteil 2010 (ab 2011: 2 Mrd.€)	0,15
Verzicht Schützenpanzer PUMA (2010)	0,112

Damit man sich vorstellen kann, was bei dieser Kürzung stattdessen alles locker bezahlt werden könnte, nur ein Beispiel: Anstelle der 9,3 Mrd. € für den A 400 M könnte man 7 154 Kitas bezahlen mit je 4 Kindergruppen!

Aber die sozialen Folgen von Rüstung gehen darüber hinaus: Wegen der Eigenart von Rüstung und Militär beeinflussen sie die gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung erheblich. Weltweit sind 40 % aller Forschungskapazitäten für militärische Zwecke gebunden- also der Erforschung und Entwicklung für Gesundheit, Bildung und nützlicher Güter entzogen. Rund 10 % aller wichtigen Rohstoffe werden für Rüstungsgüter verbraucht (Huffschmid). Nach UNO-Angaben würden 8-10 % aller Rüstungsausgaben ausreichen, um den Hunger in der Welt, Krankheiten und Analphabetentum zu beseitigen. Rüstung entzieht dem kapitalistischen Wirtschaftskreislauf Güter, da sie nicht konsumierbar sind und nicht beliebig verkauft werden können, weshalb die stofflichen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Reproduktion eingeschränkt werden.

Das Angebot marktfähiger Güter steigt trotz Mehrproduktion nicht, sondern fällt. Zusätzlich erhöht forcierte Rüstung die Staatsverschuldung. Sie erhöht die Inflation, da den gezahlten Löhnen in der Rüstungsproduktion und dem Sold keine Waren auf dem Markt entsprechen. Außerdem bremst Rüstung zivile Investitionen und das Wirtschaftswachstums, mindert das Produktionspotential und verlangsamt den Akkumulationsprozess. Hartnäckig hält sich das Märchen, dass Rüstung Arbeitsplätze schafft: Rüstung erhöht aber die Arbeitslosigkeit. Der Grund ist, dass Rüstungsproduktion im Gegensatz zur zivilen Produktion wesentlich kapitalintensiver ist. Untersuchungen in den USA zeigen, dass bei den 1974-79 durchschnittlich für militärische Zwecke ausgegebenen Mitteln bei 1,0 Mrd. \$ in der Industrie 45.000 und im staatliche Bereich 58.000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Wäre die gleiche Summe für zivile Zwecke ausgegeben worden, wären in der Industrie 59.000 und beim Staat 88.000 Arbeitsplätze entstanden (Huffschmid).

Nach einer Modell-Berechnung des US Bureaus of Labour Statistics würde 1,0 Mrd. \$ in die Rüstung investiert 75.710 neue Arbeitsplätze schaffen, aber im Erziehungswesen 187.299, im Gesundheitswesen 138.139, in der Bauindustrie 100.077.

Rüstung führt zur Konzentration in der Wirtschaft und zur Monopolbildung, was die Klein- und Mittelbetriebe ökonomisch schwächt. Das wird von Regierungen gefordert und gefördert, um nur einen Generalunternehmer als Vertragspartner zu haben (so z. B. bei Airbus/EADS - ohne politischen Druck gäbe es diesen Konzern gar nicht. Das Gleiche wird im Kriegsschiffbau versucht). Rüstung ist sehr forschungsintensiv: Alle NATO-Rüstungsgüter

**Nach UNO-Angaben würden  
8-10 % aller Rüstungsausgaben  
ausreichen, um den Hunger in  
der Welt, Krankheiten und An-  
alphabetentum zu beseitigen.**



sind 20mal so forschungs- und entwicklungsintensiv wie zivile Güter. Da die Militärs das beste, neueste Gerät haben wollen, kommt es zur besonderen Förderung der Spezialisierung, was die ökonomische Bedeutung der Sparten verändert. So wächst der Computerisierungsprozess stetig an. So entfallen beim Flakpanzer GEPARD 60 % der Kosten allein auf die Elektronik. Andererseits fördert das die Abhängigkeit vom Staat: So ist die Luft- und Raumfahrt zu 60 %, der Schiffbau zu 10 % von Rüstung abhängig.

Folge der Rüstung ist auch eine spezifische Form der Entdemokratisierung. Das reicht von der Fernhaltung von Presse und Öffentlichkeit vom Produktionsprozess selber bis hin zur laufenden Kontrolle und permanenten Überwachung der Belegschaften durch Geheimdienste. In Rüstungsbetrieben ist eine Sicherheitsüberprüfung nach NATO-Kriterien, die auch Familienangehörige einschließt, üblich. Der Verfassungsschutz entscheidet über Einstellungen und Entlassungen

Unsozial ist letztendlich vor allem, dass der Staat für Rüstung und Militär günstigste Rahmen- und Akkumulationsbedingungen schafft, die andere Bereiche nicht genießen:

- Das Risiko des Marktes entfällt bei der Rüstungsproduktion, der Staat schafft einen Quasimarkt
- Rüstung braucht lange Planungszeiten von 15-25 Jahren, weshalb die Rüstungswirtschaft langfristig planen kann, auch konjunkturunabhängig
- 25 % der fürs Militär entwickelten Güter sind auch

zivil verwertbar

- der Staat sorgt auch für Ersatznachfrage
- der Staat ersetzt voll die Kosten für Forschung und Entwicklung und übernimmt sogar die Kosten für Kredite, die durch Vorfinanzierung fällig werden (so erhält Airbus z. B. für den Military Airbus A 400 M monatlich 200 Mill. € Entwicklungskosten und dazu einmalig 543 Mill. € für Zinsaufwendungen sowie 25 Mrd. € aus dem europäischen Rüstungsetat)
- militärische Anforderungen haben immer Vorrang vor den Kosten, da der Preis gar nicht von den gezahlten Löhnen abhängt
- Rüstungsarbeitsplätze werden so hoch wie sonst nirgendwo subventioniert (z. B. bei Airbus Bremen: schon Anfang der 90er Jahre wurde ein Arbeitsplatz mit 650.000 DM subventioniert).

Dadurch ist für Rüstungsbetriebe eine geringere Eigenkapitalquote erforderlich, also der Nettoprofit entsprechend höher. Nirgends sonst wie bei der Rüstungswirtschaft sind so hohe Extraprofiten erzielbar. Kein Wunder, dass das Kapital an Rüstung besonders interessiert ist.

Umso mehr müssten Gewerkschafter und Linke, die Arbeiterschaft insgesamt, an Abrüstung interessiert sein - denn die sozialen Folgen tragen wir, selbst ohne Krieg. Da halte ich es mit dem langjährigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten August Bebel: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“.

**Horst Bethge**, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. Hamburg

## Eine andere Welt ist möglich - die Sozialforumsbewegung wird 10

Um die Sozialforumsbewegung ist es stiller geworden, dabei ist sie noch nicht einmal 10 Jahre alt. Die Welthandelsorganisation WTO, mitverantwortlich für die weltweite Liberalisierung, d.h. Deregulierung und Privatisierung der Wirtschaft, wollte sich im Dezember 1999 in Seattle(USA) treffen, um weitere Beschlüssen zu fassen. Dazu kam es allerdings nicht, da die Demonstranten, die Globalisierungskritiker, diese Konferenz verhinderten. In der Folge dieser Ereignisse setzten sich die Verantwortlichen dieser Demonstrationen zusammen, nicht nur, um zu beraten, wie man zukünftig WTO-Konferenzen, G-8-Treffen oder auch die Weltwirtschaftsgipfel in Davos verhindern könnte, sondern auch um alternative Perspektiven zu entwickeln. Das erste Weltsozialforum (WSF) wurde geboren, eine globale Bewegung der Zivilgesellschaft. Es fand statt Ende Januar 2001 in Porto Alegre (Brasilien) und wurde zu einem Symbol für die weltweite Bewegung der Kritiker der neoliberalen Globalisierung. An diesem 1. Weltsozialforum nahmen immerhin mehr als 12000 Menschen von mehr als 1000 Organisationen von allen Kontinenten teil. In der Charta der Prinzipien (2001) heißt es: „Das Weltsozialforum ist ein offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, für die demokratische Debatte von Ideen, für die Formulierung von Anträgen, für freien Austausch von Erfahrungen und zum Vernetzen effektiver Aktionen von Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich dem Neoliberalismus und der Weltherrschaft durch das Kapital oder irgendeine andere Form des Imperialismus widersetzen. Das Weltsozialforum ist ein offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, für die demokratischen Bewegungen, die sich für den Aufbau einer planetarischen Gesellschaft engagieren, in der der Mensch im Mittelpunkt steht.“

Unter dieser Prämisse haben seitdem weltweit viele Sozialforen stattgefunden, regionale, nationale, kontinentale, vom Norddeutschen Sozialforum in Rendsburg über das erste Sozialforum in Deutschland in Erfurt bis hin zum Europäischen Sozialforum in Istanbul 2010. Das 10. Weltsozialforum wird Anfang Februar 2011 in Dakar (Senegal) stattfinden.

Wieder wird es um die Weltwirtschaftsordnung gehen, aber auch z.B. um Sexismus, Rassismus und Militarismus in ihren konkreten Ausprägungen. Und wieder wird es vernetzende Absprachen darüber geben, wie den verheerenden Auswirkungen neoliberaler Politik Einhalt geboten werden kann.

**Sönke Wandschneider**, Pastor i.R., LAG Frieden und Internationalismus, Kontakt: holgergriebner@arcor.de





# Kirchen sind Teil des militär-ideologischen Komplexes

Nach meiner Rede beim Ostermarsch 2010 wurde ich von einem der Teilnehmer kritisiert, dass meine durchaus berechtigte Kritik an der kirchlichen Unterstützung der bisherigen NATO-Kriege - wie durch die Nordelbische Kirche (NEK) - als rein innerkirchliche Angelegenheit auf dem Ostermarsch unangebracht sei. Was hätte mein Kritiker wohl gesagt, wenn auf den Ostermarsch eine Bischöfin biblisch begründet radikal mit den Verantwortlichen für Völkerrechtsbruch, Kriegsverbrechen, schlimmste Menschenrechtsverletzungen abgerechnet und die Christinnen und Christen unter ihnen im Bundestag, in der Bundesregierung, in der Bundeswehr bei Namen genannt hätte?

In der Frage von Krieg und Frieden darf es keine „Schutzzonen“ geben. Das gilt besonders gegenüber den beiden Großkirchen, die in besonderer Weise durch die unkündbaren Militärseelsorgeverträge Teil des militär-ideologischen Komplexes sind. Unstrittig ist sicherlich, dass dieser es auf allen Ebenen aufzudecken und zu bekämpfen ist - ohne Ansehen der Person oder Institution. Seit Jahren sind wesentlich mehr MilitärseelsorgerInnen eingestellt und werden aus Steuern finanziert, als durch den Militärseelsorgevertrag rechtsverbindlich vereinbart worden ist - unter Missachtung des Bundeshaushaltsrechts. Der Afghanistankrieg macht die militärseelsorgerliche Aufrüstung notwendig, um das kämpfende Personal seelisch fit zu machen fürs Töten, fürs „Hände-schmutzigmachen“ (s. u.) und Getötetwerden.

Ist es nur eine „innerkirchliche Angelegenheit“, wenn der höchste theologische Repräsentant der NEK, der Leitende Bischof Gerhard Ulrich, öffentlich erklärt, dass *„der Einsatz militärischer Gewalt in Afghanistan weiterhin ethisch legitim“* sei und fortfährt:

*„Was aus meiner Sicht theologisch und ethisch nicht geht, ist die Haltung eines ‚prinzipiellen‘ Pazifismus, der prinzipienfest, aber wirklichkeitsfern jegliche Anwendung militärischer Gewalt ablehnt! [...] Ich sehe sehr wohl das ethische Dilemma der Abgeordneten im Deutschen Bundestag z. B., die über Auslandseinsätze der Bundeswehr zu entscheiden haben. Das ethische Dilemma heißt zugespitzt: Wollen wir uns raushalten - und damit ggf. schwerste Menschenrechtsverletzungen oder gar Völkermord hinnehmen? Oder wollen wir reingehen - und also ‚uns die Hände schmutzig machen‘ - um Schlimmeres zu verhindern.“* (3. Mai 2010)

Bischof Ulrich bagatellisiert damit Völkerrechtsbruch, Kriegsverbrechen, Beihilfe zur Folter und andere Menschenrechtsverbrechen zu einem „Hände-schmutzigmachen, um Schlimmeres zu verhindern“. Für die Reinigung der „schmutzigen Hände“ sind dann die Seelsorger zuständig! Dafür sind sie da! Mensch lese nur die Internetseiten der Bundeswehr und der Militärseelsorge. Schon um der Opfer Willen sind diese menschenverachtenden Positionen nicht allein dem (noch nicht wahrnehmbaren) innerkirchlichen Widerstand zu überlassen. Diese Übeltaten sind ans Licht zu bringen und öffentlich zu brandmar-

ken. Bischof Ulrich und eine Institution, die zu seiner menschenverachtenden Kriegspropaganda schweigt, dürfen nicht mit dem Hinweis „innerkirchliche Angelegenheit“ ungestört und unkritisiert weiterhin in Ruhe agieren können. Sie stehen nicht auf der falschen Seite, sie sind die falsche Seite! Es geht mir dabei nicht um eine „religiöse“, um ein Für und Wider von Religion, sondern um eine gesellschaftliche Auseinandersetzung - um die gesellschaftliche Funktion der Kirchen und anderer Institutionen wie Gewerkschaften, DRK usw. in der Frage von Krieg und Frieden. Da werden die beiden Großkirchen immer noch sehr schonend oder einfach nur ignorierend behandelt.

Mit ihrer „Nichts-ist-gut-in-Afghanistan“-Predigt Weihnachten 2009 erregte Bischöfin Käbmann Aufmerksamkeit in Reihen der Kriegsgegner/innen. Dass sie sich - wie Bischöfin Jepsen auch - zu keiner Zeit öffentlich gegen diesen Krieg ausgesprochen und den „Einsatz“ weiterhin für gerechtfertigt hält, wird übersehen. Und so wurden sie mancherorts schon als Bündnispartnerinnen im Kampf gegen diesen Krieg gesehen. Weit gefehlt! Das leitende Personal der evangelischen Kirchen in Deutschland steht wie 1914 oder 1939 - nicht nur - in der Frage von Krieg und Frieden auf der Seite der herrschenden Kräfte.

Der Ökumenische Weltrat der Kirchen (ÖRK), der weltweite Zusammenschluss der nicht-römisch-katholischen Kirchen, in dem auch alle deutschen evangelischen Kirchen vertreten sind, hält eindeutig, klar und unbestechlich an seiner Erklärung von 1948 fest, in der er Krieg als „Sünde gegen Gott und die Menschheit“ brandmarkte. Folgerichtig veröffentlichte er schon einen Tag nach Beginn der Bombardierungen Afghanistans eine Erklärung gegen diesen Krieg. Darin werden die USA und Großbritannien aufgefordert, ihre Militäraktion unverzüglich zu beenden. Kein anderer Staat dürfe sich ihnen anschließen. Anders die deutschen lutherischen Kirchen: Sie entschieden am 12. Dezember 2001, den Aufruf zu einem Bombardierungsstopp zur Versorgung der Bombenopfer nicht zu unterstützen - beteiligt dabei waren auch die Bischöfinnen Jepsen und Käbmann! Ist es nicht ein kaum zu überbietender Zynismus, wenn sie in der entsprechenden Erklärung schreiben:

*„Natürlich ist unser Ort an der Seite der Opfer, im Gebet, in der Spendentätigkeit und in der politischen Wachsamkeit. Und an der Seite der Verantwortlichen, die in diesen Zeiten an ihrem politischen Mandat besonders schwer zu tragen haben.“*

In einem Offenen Brief „Nicht in meinem Namen“ vom 25.07.2010 habe ich mich der kirchlichen Kriegsunterstützung nicht nur „innerkirchlich“ auseinandergesetzt. ([www.steinbergrecherche.com/09herrschaftselite.htm](http://www.steinbergrecherche.com/09herrschaftselite.htm))

**Christian Arndt**, Pastor i. R.

# Atomwaffen sind Mord - der Mord muß beendet werden

Hiroshima und Nagasaki, August 1945: Die USA setzen als erster und bis heute einziger Staat Atomwaffen ein. Es sterben Hunderttausende, noch heute leiden Menschen an den Spätfolgen. Vorgeblich um Japan zur Kapitulation zu zwingen, waren die Atombombenabwürfe (mindestens auch) eine Drohgebärde gegen die Sowjetunion und der Auftakt zu einem katastrophalen Wettrüsten: noch mehr Atomwaffentests, noch mehr Trägersystem, noch mehr und destruktivere Atomwaffen, noch mehr Overkill. Die USA zielten auf die Sowjetunion - pro sowjetische Stadt waren vierzig US-Atombomben vorgesehen, man rechnet in Washington in „Megadeath“, in Millionen Tote. Noch heute bedrohen 15.000 einsatzbereite Atomwaffen die Menschheit, deren Sprengkraft 2.500 Mal die Zerstörungskraft aller Bomben im Zweiten Weltkrieg ausmacht.

Die Friedensbewegung mobilisierte weltweit schon früh zum „Kampf dem Atomtod“, um die Atomrüstung zu beenden. Im Jahr 1968 - die USA verfügen über 4.500 Atomwaffen, die Sowjetunion über 850 - gab es im Zusammenhang mit einer starken kapitalismuskritischen Bewegung solch starkes friedenspolitisches Engagement, daß der Atomwaffensperrvertrag abgeschlossen werden konnte und mußte: Erstmals wurde der Anspruch zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung sowie zur ausschließlich friedlichen Nutzung der Atomkraft formuliert. Vor allem verpflichteten sich die Staaten ohne Atomwaffen, keine zu erwerben, gleichzeitig sollten die Atomwaffenstaaten alle Atom- und konventionellen Waffen abrüsten.

Fast alle Staaten der Welt schlossen sich diesem Vertrag an, doch statt allgemeiner Abrüstung wurde das „Gleichgewicht des Schreckens“ weiter betrieben. Und im imperialistischen Kampf strebten - nach den USA, Großbritannien und Frankreich - nun auch „kleinere“ Nationen bei der Aufteilung der Welt nach Atomwaffen als einem Mittel zur Machtverschiebung. Atomwaffenprogramme (und deren Vorstufen) wurden unter rechten

Regierungen in Ländern wie dem Iran (Schah), Argentinien, Brasilien (Militär) und der BRD (Strauß) begonnen oder wie in Indien, Israel oder Südafrika schließlich bis

## **Der Kampf gegen (atomare) Rüstung ist der Kampf gegen die Fesseln der Menschheit.**

zur Bombe gebracht. Bis heute besteht die „nukleare Teilhabe“, die im Kriegsfall den Einsatz derjenigen Atomwaffen ermöglicht, die in den nichtnuklearen Nato-Staaten gelagert sind - unter völliger Verletzung des Atomwaffensperrvertrages. Auch in der BRD sind US-Atombomben gelagert. Das darf nicht bleiben!

Nach dem Zerfall von Warschauer Pakt und Sowjetunion war für die USA und Nato zwar die ideologische Begründung für den Rüstungswahnsinn weggefallen - doch wer darauf hoffte, daß der Westen nun eine „Friedensdividende“ auszahlen würden, der hatte die Rechnung ohne den

Imperialismus und seine Gier nach Rohstoffen, Absatzgebieten und Einflußsphären gemacht. Die vielen kleinen und großen „Interventionen“ und Kriege der USA seit 1990, häufig unter Beteiligung anderer Nato-Staaten, haben mindestens zwei Millionen Menschen das Leben gekostet. Atomare Rüstung erscheint bei dieser Bedrohung für viele Regierungen als Notwendigkeit.

Das Perfide dabei: Die Atomenergiekonzerne, die sich mit dem nuklearen Tod dumm und dämlich verdienen, indem sie die Atommächte aufrüsten, profitieren nun auch noch an der nuklearen Aufrüstung der Welt. Und Reaktoren, die man ausschließlich zivil nutzen kann, passen da nicht ins Verkaufskonzept. Seit langem mischt auch Siemens/KWU (heute Areva) mit: In den Siebzigern machte die KWU Bombengeschäfte mit Atomreaktoren, man lieferte unter anderem an das brasilianische Militärregime und den Schah im Iran. Jetzt will Areva einen neuen Reaktor an Brasilien liefern. Für dieses Geschäft will die Bundesregierung die Auflagen für Hermesbürgschaften lockern, verspricht es doch Profite für die deutsche Wirtschaft - die gigantischen Kosten werden Brasilien verschulden und auf Jahrzehnte vom Ausland abhängig machen. Den skrupellosen Konzernen muß das nukleare „Handwerk“ gelegt werden.

Seit 40 Jahren ist das Ziel des Atomwaffensperrvertrages, die allgemeine und vollständige Abrüstung, nicht in Angriff genommen worden, zu sehr sind die Regierungen des Westens im „Denken und Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungskategorien“ (Grundsatzprogramm der PDS von 1993) verfangen. Die Menschheit steht vor der Aufgabe, regenerative, sichere und umweltfreundliche Energiequellen zu erschließen und allen Menschen eine menschenwürdige Entwicklung zu ermöglichen. Bei tagtäglich tausendfachem, vermeidbarem Hungertod sind die gewaltigen Ressourcen, die durch Rüstung, speziell durch Planung, Bau und Unterhalt von Atombomben, verschwendet werden, ganz einfach Massenmord, auch ohne Krieg. Solange der Westen die Welt militärisch bis zur mehrfachen atomaren Zerstörung der Erdkugel bedroht, so lange ist eine zivile Entwicklung nur eingeschränkt möglich.

Für eine erfreuliche Entwicklung ist eine abgerüstete Welt ohne (Atom-)Waffen unabdingbar, sie muß erkämpft werden gegen jene, die mit Krieg und Zerstörung ihr Geschäft machen und ein Interesse am Fortbestehen der Ausbeutungsverhältnisse haben, auch um den Preis der Vernichtung der gesamten Menschheit. Der Kampf gegen (atomare) Rüstung ist der Kampf gegen die Fesseln der Menschheit.

**Gunhild Berdal und Tony Schinkowski**, AG Frieden und Abrüstung

## Buchtipp: Klimakriege

Nicht mit den ökologischen Folgen der Erderwärmung, sondern mit ihren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Konsequenzen beschäftigt sich der Sozialpsychologe Harald Welzer. Im Klimawandel sieht er „die größte Herausforderung der Moderne“: Wenn der Anstieg der Meeresspiegel, Dürrekatastrophen und Wirbelstürme in dem von Klimaforschern prognostizierten Ausmaß zunehmen, werden Millionen Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren. Die dann unvermeidlichen Massenmigrationen und Verteilungskämpfe bergen Zündstoff für Konflikte globaler Dimension.

Vor allem Menschen in den ärmsten Regionen der Erde fallen dem rücksichtslosen Verbrauch klimaschädlicher Energie durch die Industrieländer zum Opfer. Den ersten Klimakrieg sieht Welzer im Sudan im Gange. Kern des Bürgerkriegs ist der Konflikt zwischen sesshaften Bauern und nomadischen Viehzüchtern: Dürre und Bodenerosion infolge des Klimawandels verknappen die nutzbaren Flächen, und vormals friedlich koexistierende Gruppen kämpfen gegeneinander um ihre - durch steigendes Bevölkerungswachstum zusätzlich unter Druck geratenen - Überlebenschancen. Die Präsenz der Konzerne und Armen ölhungriger Industrieländer im rohstoffreichen Sudan machen das Land zum Schauplatz eines idealtypischen Klimakrieges. Dazu gehört Welzer zufolge auch die ideologische Überformung des Krieges, der oft als vorrangig oder ausschließlich religiös-ethnischer Art („arabische Muslime gegen Schwarzafrikaner“) wahrgenommen wird.

Über den Sudan hinaus gilt Welzers Augenmerk den Vorformen von Klimakriegen - etwa den paramilitärischen Abwehrvorkehrungen gegen Flüchtlinge, die seit Jahren an den Außengrenzen der EU und der USA errichtet werden

(s. Frontex-Artikel) und den Prognosen für bevorstehende Konflikte, die von Klimaveränderungen verursacht oder verschärft werden. Einer Studie im Auftrag der Bundesregierung zufolge betrifft das derzeit rund 70 Konfliktkonstellationen weltweit. Einen schlichten Kausalzusammenhang zwischen Klimakrise und Gewaltanwendung bestreitet Welzer jedoch vehement und widmet sich ausführlich sozialpsychologischen und ökonomischen Faktoren, die Gewalt begünstigen.

„Klimakriege“ ist vor allem für Einsteiger ins Thema eine lohnende Lektüre. Dennoch eine Warnung: Das Buch ist äußerst schlecht strukturiert. Welzer springt von Thema zu Thema in einer Weise, die den roten Faden öfter vermissen als erkennen und manche These unbelegt stehen lässt. Um „climate porn“, wie die Zyniker des Economist ätzen, handelt es sich jedoch nicht.

Welzers Bemerkungen zu den Völkermorden an den Juden und an den Tutsi in Ruanda können irritieren, ebenso die Unverblümtheit, mit der er outgesourcetes „Sterbenlassen“ als „Mord“ übersetzt. Doch Welzer will vor allem eines in die Köpfe bringen: Der reiche Norden ist im Begriff, aufgrund energiepolitischer „Sachzwänge“ Millionen Menschen zu ermorden, und lässt es dabei auch auf einen Weltenbrand ankommen, bei dem er selbst untergeht. Wer noch keinen Zusammenhang von Ökologie, Kapitalismuskritik und Friedenspolitik sah, wird ihn hier finden.

**Annette Sawatzki**, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. Hamburg, Mitarbeiterin von Jan van Aken (MdB)

Harald Welzer: Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt/M (S. Fischer) 2008, 9,80 €

### Flüchtlingskinder Sirnak

Im Frühjahr 2006 gründeten wir den gemeinnützigen Verein „Flüchtlingskinder Sirnak e. V.“ Die Stadt Sirnak -der kurdische Name Sirnex ist verboten- liegt in den Bergen des kurdischen Siedlungsgebiets im Südosten der Türkei. Die genaue Einwohnerzahl ist unbekannt, der kurdische Bürgermeister schätzt sie auf annähernd 100.000, davon sind 20-25.000 Sicherheitskräfte: Militär, Polizei, Geheimdienste und ungefähr 50.000 kurdische Binnenflüchtlinge aus den umliegenden Dörfern und Weilern. In den 90er Jahren zerstörten die Sicherheitskräfte über 4.000 Dörfer und vertrieben über 3.000.000 Menschen (medico international). Sie flohen schutzsuchend in die kurdischen Städte, nach Ankara, Izmir Istanbul, nur wenige schafften es bis Europa. In kurdischen Städten wie Diyarbakir, Mardin, Bingöl, Van, Kars, Batman, Cizre, Urfa sind die Hälfte bis Zweidrittel der Einwohnerschaft Flüchtlinge, die Erwerbslosigkeit liegt bei 80 %. Bis heute ist ihnen verwehrt, in ihre Dörfer zurückzukehren. Es sei denn, sie unterschreiben, dass sie von der kurdischen Guerilla vertrieben wurden, und erklären ihre Bereitschaft, sich dort als von Ankara bezahlte Milizen („Dorfschützer“) zu verdingen - dazu sind nur wenige bereit. Die kurdischen Kommunen sind finanziell von Ankara vollkommen abhängig. Die Flüchtlinge werden bei der Berechnung der Finanzausweisungen nicht berücksichtigt. Armutsbedingt müssen sich ungefähr 25 % der Schulpflichtigen am Überlebenskampf der Familien beteiligen durch Arbeit als Boten, Schuhputzer, StraßenverkäuferInnen - auch während der Schulzeit.

In Zusammenarbeit mit dortigen Rechtsanwältinnen, dem Frauenverein, LehrerInnen, KommunalpolitikerInnen, Gewerkschaftsmitgliedern haben wir das Projekt „Flüchtlingskinder Sirnak“ aufgebaut: Über Spenden finanzieren wir zur Zeit 25 SchülerInnen den Schulbesuch. Monatlich reichen 20 € aus, um ihnen Essen, Schulmaterial, Kleidung zu finanzieren und sie von der Arbeit während der Schulzeit frei zu stellen. Zweidrittel von ihnen sollen Mädchen sein. Bisher haben wir jährlich unsere ProjektpartnerInnen besucht. Nur in diesem Jahr nicht wegen der Militäroperationen.

Wir wollen noch mehr Mädchen den Schulbesuch ermöglichen - darum spendet auf das Konto 1206 137836 bei der HASPA BLZ 20050550! An Ausgaben haben wir nachweislich nur die Bank- und Überweisungsgebühren sowie Kosten für Informationsmaterial. Mehr Informationen auf unserer kürzlich eingerichteten Internetseite [zarokensirnex.com](http://zarokensirnex.com) oder über mich.  
**Christian Arndt**, Pastor i.R, E-Mail: [arndt-pastor@t-online.de](mailto:arndt-pastor@t-online.de)



# Kampf ums Klassenzimmer, Kampf für den neoimperialistischen Krieg

## Die Bundeswehr im zivilmilitärischen Einsatz an Schulen

Seit einigen Jahren versucht die Bundeswehr forciert, auf Jugendliche zuzugehen. Neben Internetportalen, Fernseh- und Radiospots, Sportwettbewerben und anderen Reklametricks wirbt sie mit Auftritten an öffentlichen Einrichtungen wie Agenturen für Arbeit, Universitäten und Schulen.

Schulen kommt eine besondere Bedeutung zu, wie man an den Anstrengungen der Bundeswehr sehen kann: 2005 wurde in jedem Bundesland ein Bezirksjugendoffizier in Dienst gestellt, um Kontakt zu den jeweiligen

**In der ökonomisch zugespitzten Situation der kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland nutzt die Bundeswehr perfide die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen aus und bietet ihnen eine mutmaßliche „Karriere mit Zukunft“.**

Schulministerien herzustellen. Daraufhin sind ab 2008 bislang sechs Kooperationsvereinbarungen zwischen Landeskultusministerien und der Bundeswehr geschlossen worden. In Nordrhein-Westfalen, Bayern, Rheinland-Pfalz, im Saarland, in Baden-Württemberg und seit Juli 2010 in Mecklenburg-Vorpommern verfügt das deut-

sche Militär somit über eine institutionelle Anbindung an die Bildungsbetriebe, Gestaltungsmöglichkeiten in der politischen Bildung von Lehrkräften und SchülerInnen sowie vertraglich garantierte Rechte, um an Schulen zu agieren und z. B. Lehrpläne mitzugestalten.

Eines der effektivsten Rekrutierungs- und Werbeinstrumente, das intensiv an Schulen eingesetzt wird, ist die 1958 gegründete Einheit der Jugendoffiziere. Jugendoffiziere sind junge Männer und Frauen, die in der Regel eine akademische Ausbildung und langjährige militärische Erfahrung haben. Sie werden für ihre Propaganda- und Rekrutierungseinsätze an öffentlichen Institutionen eigens an der Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr ausgebildet. In Hamburg gibt es zwei Jugendoffiziere.

Insgesamt haben allein im Jahr 2009 laut einer parlamentarischen Anfrage von Ulla Jelpke (MdB) u. a. die 94 hauptamtlichen Jugendoffiziere der Bundeswehr bundesweit 4389 Diskussions- und Vortagsveranstaltungen an unterschiedlichen Schultypen durchgeführt und damit 113.525 SchülerInnen erreicht - vermutlich mehr als jeder andere potentielle Arbeitgeber oder politische Akteur in der ganzen Bundesrepublik. Im selben Zeitraum waren die Jugendoffiziere in Hamburg an 59 Schulen und haben vor 1584 SchülerInnen die Kriege der Bundeswehr angepriesen. Dazu kommen allein in Hamburg 104 Wehrdienstberatungen von 2366 SchülerInnen. Anders als man auf Grundlage der Statistiken annehmen könnte,

die belegen, dass die Mehrheit der Freiwilligen sowie der Berufs- und ZeitsoldatInnen aus armen Klassen der Gesellschaft stammen, wirbt die Bundeswehr vor allem an Gymnasien - auch in Hamburg. Denn das deutsche Militär hat infolge der technischen Neuerungen der Kriegsführung einen hohen Bedarf an qualifizierten bzw. angehenden IngenieurInnen, InformatikerInnen usw.

Was macht die Schule so attraktiv für die Bundeswehr? Erstens will sie Nachwuchs rekrutieren. Die mörderischen Kriege und ihre logistische Unterstützung müssen auch weiterhin abgewickelt werden. In der ökonomisch zugespitzten Situation der kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland nutzt die Bundeswehr perfide die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen aus und bietet ihnen eine mutmaßliche „Karriere mit Zukunft“.

Zweitens bemüht sich die Bundeswehr insbesondere bei den jungen Generationen um politische Indoktrination. Die Führung der Bundeswehr geht davon aus, dass junge Menschen überdurchschnittlich leicht zu beeinflussen sind und will dies für ihre Ziele benutzen. Besonders in Zeiten ausgeweiteter internationaler Kriege und Konflikte bedarf das Militär des gesellschaftlichen Rückhalts und der Akzeptanz in der Bevölkerung - zur Motivation der SoldatInnen und zur Rechtfertigung des Mordens im Auftrag der deutschen, europäischen und transatlantischen Weltmachtspolitik und zugunsten der westlichen Konzerne.

Insgesamt verfolgt die Bundeswehr damit ein äußerst zukunftsorientiertes Konzept, denn die Jugendlichen, die man heute für sich gewinnt, sollen morgen ihre Kinder und ihre Mitmenschen überzeugen und damit drittens die schleichende Militarisierung der deutschen Gesellschaft ermöglichen. Diese ist politisch unumgänglich, wenn Bundesregierung und Bundeswehr ihr neues Konzept „vernetzter Sicherheit“ und die zivilmilitärische Zusammenarbeit im Inneren der Republik vollständig umsetzen wollen. Das heißt, wenn sie gemäß des immer noch aktuellen Weißbuchs der Bundeswehr von 2006 - wie die USA - das Ziel weiter verfolgen, die gesamte Gesellschaft in die „Verteidigung der Sicherheit“ einzubeziehen und die Grenzen zwischen Zivilgesellschaft und Militär zu verwischen. Dafür ist auch die institutionelle Anbindung der Bundeswehr an die öffentliche demokratische Infrastruktur - wie z. B. an Schulen - erforderlich.

Das Kalkül ist simpel: Wenn in Zukunft deutsche ökonomische und politische Interessen überall auf der Welt mit Waffengewalt durchgesetzt werden, soll die deutsche Gesellschaft vereint hinter ihrer Armee stehen - und zwar von klein auf.

**Christian Stache**, Mitglied im Landesvorstand der LINKEN für Linksjugend [solid] Hamburg

# Mit Kapitalismus ist auch in Zukunft kein Frieden zu machen!

Aus der antimilitaristischen Kampagne der Hamburger Linksjugend wird der Arbeitsschwerpunkt Antimilitarismus

Am 12. Juli 2010 fand die antimilitaristische Kampagne „Mit Kapitalismus ist kein Frieden zu machen!“ ihren Abschluss. Als letzter Gast unserer Veranstaltungsreihe war Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Hamburg, um die Transformation von NATO und EU zu global und offensiv agierenden Militärbündnissen nachzuzeichnen.

Die Frage um Krieg und Frieden ist einer der neuralgischen Punkte linker Politik - besonders angesichts der Normalisierung deutscher Kriegspolitik und der Militarisierung der deutschen Außen- und Innenpolitik durch die vernetzte Sicherheit sowie die zivilmilitärische Zusammenarbeit. Der Imperialismus ist, wie sogar Horst Köhler implizit erklärte, infolge der Herausbildung des globalen Weltmarkts wieder neu aufgeblüht. Leider wird unsere konsequente Ablehnung jeglicher neoimperialistischer Kriege nicht von allen geteilt: Auch in Teilen der Linken hat es eine konformistische Wende gegeben, wie sich beispielsweise durch Zustimmungen zum Gazakrieg zeigt.

Die Idee zu unserer Antimilitarismuskampagne hat sich daher logisch aus den Debatten der Friedens- und Antikriegsbewegung ergeben. Daher hat die Linksjugend Hamburg auf der Landesmitgliederversammlung Ende 2009 beschlossen, Antimilitarismus zu einem Kampagnenschwerpunkt für das Jahr 2010 zu machen.

Die Kampagne basierte auf zwei Säulen: Einerseits richteten wir zwischen Februar und August eine sechsteilige Veranstaltungsreihe aus, um eine Diskussion über den Zusammenhang von ökonomischen Interessen und den neuen Kriegen zu eröffnen und das notwendige theoretische Fundament für eine sinnvolle linke Antikriegspolitik zu schaffen. Andererseits haben wir Aktionen gegen die Bundeswehr und kriegsverherrlichende Massenveranstaltungen in Hamburg durchgeführt.

Die erste Veranstaltung mit Klaus Henning widmeten wir der Imperialismustheorie auf der Höhe der Zeit. Aus den spannenden Vorträgen über Rekrutierungsmethoden der Bundeswehr (von Detlef Mielke, DFG-VK) und die Transformation der Bundeswehr (von Tobias Pflüger, IMI, Bundesparteivorstand der LINKEN) ging hervor, wie in der BRD Kriege vorbereitet und politisch legitimiert werden. Und an den zwei Abenden zum Krieg in Afghanistan (mit Lühr Henken, Hamburger Forum) und zum Nahostkonflikt (mit Rolf Verleger, Jüdische Stimme für Gerechten Frieden in Nahost) wurde über die konkreten machtpolitischen und ökonomischen Interessen diskutiert, die zu den jeweiligen militärischen Konfrontationen geführt haben.

Praktisch haben wir ein antimilitaristisches Bündnis mit außerparlamentarischen Kräften in Hamburg mit initiiert. Dieses Bündnis hat erfolgreich und mit erstaunlichem Presseecho öffentliche Auftritte der Bundeswehr in Hamburg gestört, bei denen sie Nachwuchs rekrutieren und junge Menschen politisch indoktrinieren wollte. Bei der Jobmesse „Einstieg“ im Februar konnten wir ebenso auf das perfide Vorgehen der Bundeswehr hinweisen wie beim Auftritt der Militärblasmusikkapelle in der Colorline Arena im März, beim Europamarkt im April und beim traditionsreichen Hafengeburtstag im Mai dieses Jahres.

Neben der Störung öffentlicher militärischer Präsenz ging es hauptsächlich darum, mit Hilfe von Flugblättern und Redebeiträgen Aufklärung zu leisten. Die Reaktionen der Bundeswehr auf den Protest gaben uns recht: Sie möchte diese Art der Aufmerksamkeit nicht, denn sie ist auf den Rückhalt und die Akzeptanz in der Bevölkerung angewiesen.

Die Antikriegsbewegung in der Bundesrepublik ist schwach. Angesichts der globalen Wirtschaftskrise, der von westlichen Staaten verschuldeten Kriege und der grundlegenden Widersprüche ihrer Ökonomie werden sich die Ausbeutung und die Unterdrückung in allen Teilen der Welt verschärfen - und mit ihnen die repressiven, mithin militärischen Versuche, Protest und Widerstand zu regulieren oder niederzuschlagen. Weder im Irak noch in Afghanistan sind Frieden und Gerechtigkeit hergestellt worden. Auch eine Beilegung des von westlichen imperialistischen Staaten provozierten Konflikts mit dem Iran ist nicht in Sicht. Zugleich haben die medialen und politischen Reaktionen auf die militärische Operation gegen die Free-Gaza-Flotille sowie die Enthaltung mehrerer Mitglieder der Fraktion DIE LINKE bei der Abstimmung über die Verlängerung des Sudan-Einsatzes ein weiteres Mal bloßgelegt, dass linke Antikriegspositionen bröckeln.

Die Friedens- und Antikriegsbewegung ist also gefordert! Der Landesverband Hamburg der Linksjugend [solid] hat daher die Kampagne in einen ständigen Arbeitsschwerpunkt Antimilitarismus umgewandelt. Die positive Resonanz, die wir bei Aktionen von den Menschen vor Ort erhalten haben, hat uns in diesem Entschluss bestärkt. Die Auftritte der Bundeswehr an Schulen, bei Messen oder anderen Events sind auch weiterhin Anlass zu Protest und Widerstand.

**Landesverband Hamburg der Linksjugend [solid]**

**Der Imperialismus ist, wie sogar Horst Köhler implizit erklärte, infolge der Herausbildung des globalen Weltmarkts wieder neu aufgeblüht**

# Friedensstadt Hamburg?

Der neoliberale Umbau der Gesellschaft, der auf Privatisierung, Befriedung und Einhegung (David Harvey) beruht und Unterwerfung der bisher noch nicht dem Verwertungsinteresse des Kapitals geöffneten Bereichen einer Metropole wie Hamburg bedeutet (innere Landnahme, Rosa Luxemburg), bedingt außenpolitisch die imperiale Erschließung und Sicherung der Absatzmärkte und Rohstoffressourcen. Dabei verzichtet auch der moderne Kapitalismus nicht auf militärische Mittel zur Durchsetzung und militaristische Propaganda zur innenpolitischen Absicherung dieser Politik. Davon ist Hamburg in größerem Maße betroffen als gemeinhin angenommen wird und auch in der LINKEN bekannt ist und diskutiert wird.

## Verfassungsgebot und Realität

Obwohl Hamburg in der Präambel seiner Landesverfassung vom 6. 6. 1952 alle Politik darauf verpflichtet, „als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen,....im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt zu sein“, ist Hamburg der größte Rüstungsexporthafen und einer der größten Rüstungsstandorte in der BRD. Es beherbergt mit Führungsakademie (Generalstabsausbildung) in Blankenese und der „Helmut-Schmidt-Universität“ (Offiziersstudium) in Jenfeld sowie drei Fachschulen auch ideologische -geistige Ausbildungszentren. Das Bundeswehrkrankenhaus in Wandsbek bildet nach einem Kooperationsabkommen mit dem UKE auch junge ÄrztInnen aus.

## Rüstungswirtschaft - Ausmaß und Bedeutung

Mit gut 120 Rüstungsfirmen haben Rüstungsproduktion und - Export in Hamburg einen großen Stellenwert. Darunter Marktführer oder Global Player: Blohm und Voß (siehe Beitrag L. Henken im Heft), EADS/Airbus (Militärtransporter, Tankflugzeuge, Raketen, Satelliten, Hubschrauber), DEBIS Langenhorn (Lieferung der gesamten Nato-Software), Plath (Hammerbrook - weltbekannter Kompassproduzent, Peilelektronik), Atlas-Elektronik (verbunden mit Thyssen-Krupp und EADS in in Bremen, Wedel und Wilhelmshaven, Feuerleitelektronik für U-Boote, Flugsysteme und Fregatten weltweit führend), Noske-Kaeser (Tochterfirma v. Blohm + Voss u.a. in Bahrenfeld - Klima- und ABC-Schutzsysteme bei Kriegsschiffen in über 40 Ländern). Sie alle sitzen und produzieren in Hamburg. Auch der Militärhandel blüht: So war die STALCO GmbH einer der Hauptlieferanten der irakischen Armee, und Creutzmann Micro und Security Elektronik KG in Bergedorf ist ein weltweit führendes Handelsunternehmen für die Ausrüstung von Militär- und Geheimdiensten mit Wanzen, Lasern, Wärmebildkameras, Feuerleitsystemen, Überwachungs- und Abhörmitteln. Zudem finden in Hamburg internationale Rüstungsmessen statt.

Das alles wird in der Öffentlichkeit nicht thematisiert, obwohl es z. T. in Hamburg strukturbestimmend ist. In der offiziellen Landespolitik wird das ausgeblendet, ja heruntergespielt. Aber auch die Gewerkschaften thematisieren es nicht, Rüstung schaffe doch am Standort Hamburg Arbeitsplätze! Als LINKE können wir nicht vertreten, Arbeitsplätzen um jeden Preis zu schaffen: Es geht um

zumutbare und solche, die gesellschafts- und naturverträglich sind. Rüstung ist das nicht.

## EADS/Airbus zum Beispiel

Der Hamburger Senat konzentriert sich in seiner aktuellen Stadtpolitik auf die Entwicklung von Clustern, z. B. Luft- und Raumfahrt. Darum ist EADS/Airbus so wichtig. Es ist der zweitgrößte private Arbeitgeber in Hamburg (12 800 Beschäftigte, darunter 600 Azubis, dazu 5000 Leiharbeiter, 1500 Zulieferer-Betriebe in 30 Staaten). Airbus ist ein Groß-Konzern im EADS-Konzernverbund unter deutsch-französischer Führung niederländischen Rechts mit weltweit 118 349 Mitarbeiter, 152 Produktionsstandorten, von Spanien über Polen bis China, Konzerngewinn 2008: 1,61 Mrd. €, Forschungsausgaben 2, 669 Mrd. €. EADS ist weltweit größter Produzent von Zivilflugzeugen, Hubschraubern und Raketen aller Art. Es produziert aber auch Militärflugzeuge, Satelliten, Flugzeugzubehör und -elektronik, Marinetechnik, Grenzbefestigungs- und Verkehrsleitsysteme (Toll Collect), Sicherheits- und Polizeittechnik sowie ganze Wartungspakete. EADS ist größtes deutsches Rüstungsunternehmen- alleine die Hälfte aller Rüstungsanschaffungen der Bundeswehr stammen von EADS. Es hat Staatsbeteiligungen und joint ventures, auch mit Polen, China, Indien, Holland, Dubai und etlichen Bundesländern (Hamburg ist mit 155 Mill. €, d. h. 10 %, an Airbus beteiligt, verzichtet allerdings zugunsten von Daimler auf die Ausübung des Stimmrechts) und hat ein besonderes Produktionsprinzip: Die wechselseitige Durchdringung der Produktion der verschiedenen Standorte und der Zulieferer. Jeder baut nur Segmente, Module, bestimmte Teile, die dann mit einer konzern-eigenen Flugzeug-, Schiffs- und Fahrzeugflotte zusammengekartt werden. Das kostet z. B. beim A 380 alleine 2,5 Mill. € pro Flugzeug und bringt eine 70-75prozentige Fertigungstiefe (wie viel der Konzern selber produziert) mit sich (Boeing, der größte Konkurrent nur 30%). Das ermöglicht Quersubventionen der einzelnen Produkte untereinander sowie den flexiblen Einsatz von Spezialisten und hält die Standortkonkurrenz einerseits in Grenzen, andererseits befördert es sie. Das erlaubt der Politik, die Entscheidungen zu treffen. Das bindet die jeweilig beteiligten Regierungen, Regionen und die Landes- und Lokalpolitiker ein und bindet gleichzeitig erhebliche Summen in öffentlichen Haushalten. Die Subventionskonkurrenz wird angeheizt, bis hin zum gegenseitigen Klageverfahren EADS/Boeing vor der WTO wegen „unerlaubter Subventionen“.

## Militär-Industrie-Politik-Komplex

In der Öffentlichkeit wird der Riesenvogel A 380 pompös unter Ausnutzung der Technikfaszination zur Schau gestellt und in der Presse gefeiert. Zwar sind 6000 Leute in 16 Ländern am Bau beteiligt (plus 34.000 bei 100 Zulieferern), aber es wird so getan, als sei es „unser Vogel“. Die immer wieder genannten 4000 zusätzlichen Arbeitsplätze, die seine Auslieferung und die Beteiligung in Hamburg bringen soll, sind ein Märchen, wie bekannt gewordene interne Papiere beweisen. Sie dienen dazu, vom Senat hohe Subventionen in Höhe von 1,081 Mrd. € abzupressen und durchzusetzen, was der Konzern wollte (Zuschüttung des Mühlenberger Loches, Landebahnver-

längerung). Auch mit dem erzeugten Bild, in Hamburg werden nur Zivilflugzeuge hergestellt, muss aufgeräumt werden. Airbus Finkenwerder ist an der Systemführerschaft für alle Militärflugzeuge beteiligt (Tankflugzeuge vom Typ A 300, A 310, A 330, A 340; A 310 als Seeaufklärer, Minenleger und fliegende Kommandozentrale, des A 320 als U-Boot-Jäger). Für den Military Airbus A 400 M liegt die Systemführerschaft ganz in Finkenwerder. Die Transall C 160 (heutiges Transportrückgrat der Bundeswehr) wurde hier gebaut. Für EADS/Airbus von Vorteil ist es, die Flugzeugbau-Spezialisten flexibel einsetzen zu können: So betonte Airbus-Chef Thomas Enders jetzt, dass, wenn der A 400 M nicht gebaut werden würde, weil sich die ihn abnehmenden Staaten weigern, die aufgelaufenen 11, 1 Mrd. € Mehrkosten zu zahlen, er sogar gerne die frei werdenden Flugzeugbauer und Ingenieure dafür einsetzen würde, den bei der Entwicklung und Produktion der Typen A 380 und A 350 entstandenen Zeitverzug aufzuholen.

Stadtentwicklungspolitisch besonders bedeutsam aber ist, dass EADS die Landespolitik 25 Jahre lang maßgeblich bestimmt hat. erinnert wird an die heftigen Auseinandersetzungen um die Werkserweiterung, geführt mit allen denkbaren Mitteln: Massendemonstration dafür und dagegen, 270 Gerichtsverfahren, unzählige Bürgerchaftsbeschlüsse bis hin zum Sondergesetz (Lex Airbus: HH Gesetz zur Sicherung des Luftfahrtstandortes), die blitzartige Änderung des Bundesluftverkehrsgesetzes), öffentliche Anhörungen mit Hunderten von Teilnehmern, Verhandlungen auf höchster politischer Ebene, enorme Pressekampagnen gegen Obstbauern und Landesbischofen Jepsen, Sonderdarlehen von Regierungen (BRD: 942 Mill. €, Frankreich und Spanien: zusammen 3, 2 Mrd. €, erst rückzahlbar, wenn die verkauften Flugzeuge die Ge-

winnzone erreicht haben würden). Das Hauptargument war stets, dass Hamburg neben Seattle und Toulouse der dritte weltgrößte Flugzeugbau-Standort werden müsse. Tausende von Arbeitsplätzen stünden auf dem Spiel und der Wachtelkönig und die Obstbauern könnten doch nicht das Technikwunder A 380, den technischen Fortschritt, blockieren. Und das Ende vom Lied: Nun wird die Frachtversion vom A 380 weder in Toulouse noch in Finkenwerder gebaut. Die Startbahn ist umsonst entstanden. Der Militär-Industrie-Komplex hat jahrzehntlang eine ganze Region drangsaliert, Milliarden öffentlicher Gelder verschlungen und sich durchgesetzt.<sup>1</sup>

### **Kultur des Friedens**

Initiativen fordern das „Recht auf Stadt für Alle“. Als sozialistische Friedenspartei müssen wir allerdings hinzufügen, „aber nicht für Rüstungsprofiteure, nicht fürs Militär, nicht für die Bundeswehr“. Denn wir brauchen weder Rüstungsproduktion, noch die Bundeswehr noch die wieder verstärkte propagandistische Beeinflussung der Jugend für den Militarismus. Was wir brauchen ist die Entwicklung und Förderung einer umfassenden „Kultur des Friedens“ (UNESCO). Kurz: Es genügt eben nicht, dass der 1. Bürgermeister der Gemeinschaft von „Mayors of Peace“, der vom Bürgermeister von Hiroshima initiierten weltweiten Friedensgruppe, still und heimlich beigetreten ist. Daraus erwächst die Verpflichtung, Hamburg zur Friedensstadt zu entwickeln! Ob der neue 1. Bürgermeister das auch so sieht, kann man bezweifeln.

**Hartmut Ring und Horst Bethge**, LAG Frieden und internationale Politik

<sup>1</sup> mehr dazu in Horst Bethge „Ein Global Player im Kreetslag - MIK und Stamokap in Hamburg“, 2.- + Porto, Broschüre bei Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg, Zimmerpforte 8, info@rls-hamburg.de

## **Idee und Niedergang: Rüstungskonversion und Produktmitbestimmung**

Rüstungskonversion ist heute innerhalb der Gewerkschaften und bei den Beschäftigten fast kein Thema mehr. Das war bis Ende der 90er Jahre anders. Beeinflusst von der Friedensbewegung gab es in vielen Betrieben Arbeitskreise für alternative und neue Produkte. Vor allem im norddeutschen Raum bildeten sich solche AK's, in denen über Produkte jenseits der Fertigung für das Militär diskutiert wurde.

Die Branche mit den meisten Arbeitskreisen waren die Werften. Diese standen vor dem Problem, dass zivile Schiffe zunehmend in Übersee gefertigt und als „Ersatz“ dafür Kriegsschiffe gebaut wurden oder werden sollten. Viele dieser Kriegsschiffe waren sogar für Spannungsbereiche bestimmt, beispielsweise U-Boote der Dolphin-Klasse, der HDW-Kiel, für Israel. Auch bei Airbus/ EADS, wurden Rüstungsgüter produziert. Im Bremer Werk z.B. Teile für das Kampfflugzeug Tornado. Für die Anteilseigner der Unternehmen sind Rüstungsaufträge besonders attraktiv, da sie in der Regel garantierten Gewinn und geringes unternehmerisches Risiko bedeuten. Neben der ethischen Problematik der Kriegswaffen bedeutet deren

Produktion für die Beschäftigten, dass die Arbeitsplätze dem Auf- und Ab der militärischen Beschaffung unterworfen sind. Da Militärs, im Sinne ihrer Logik, sehr schnell die neuen Waffen einführen wollen, bedeutet dies hohe Produktionsspitzen mit anschließender Flaute, wenn die Streitkräfte ihre Waffen erhalten haben. Daher ist, im Sinne einer kontinuierlichen Beschäftigung, eine zivile Produktion attraktiver für die Arbeiterinnen und Arbeiter.

Die Arbeitskreise kamen, als „IG Metall Arbeitskreise Alternative Fertigung“, regelmäßig zu Wochenend- oder Bildungsurlaubsseminaren zusammen. Bei diesen Treffen formulierten sie auch Vorlagen zu Gewerkschaftstagen und andere Gremien der Gewerkschaft. Einige der Arbeitskreise waren sehr gut im Betriebsrat verankert, so der „IG Metall Arbeitskreis Alternative Fertigung“ bei MBB in Bremen (heute Airbus), der etliche Betriebsräte als Mitglieder hatte. Dagegen hatte der „IG Metall Arbeitskreis Neue Produktion“, bei MBB in Hamburg, kaum Betriebsratsmitglieder. Wahrnehmung und Anerkennung innerhalb der Belegschaft waren somit sehr unterschiedlich, der Bremer Arbeitskreis war Teil der betrieblichen



Interessenauseinandersetzung, während der Hamburger AK lediglich ein Gesprächskreis ohne politische Wirkung sein konnte. Rüstungsproduktion wurde vom Hamburger MBB Betriebsrat zu der Zeit eher befürwortet, vom Bremer Betriebsrat eher abgelehnt.

Allen Arbeitskreisen gemeinsam war der Anspruch, dass sie sinnvolle Vorschläge für Konversions-Produkte machen wollten: Windrad-, Solaranlagen- und Lokomotiven-Fertigung, der Vorschlag windangetriebene Schiffe oder Luftschiffe als Ersatz für die Tornado-Produktion bei MBB. Grundsätzlich sollten die neuen Produkte sozial und ökologisch sein, also Lösungen der Umweltprobleme bieten, keine Nachteile für andere Menschen bedeuten, z.B. in der „3. Welt“, und sie sollten insbesondere Beschäftigung sichern. Bestandteil der Diskussion war auch die Art und Weise der Produktion, in dem Sinne, dass deren negative Auswirkungen wie Gesundheitsbeeinträchtigungen der Beschäftigten, Abfälle, Emissionen, Flächenverbrauch und Naturzerstörungen sowie Vertreibungen von Indigenen, bei der Rohstoffbeschaffung, zu verhindern seien.

Ein großes Problem bestand natürlich in der Durchsetzung so einer alternativen Produktion, denn das Betriebsverfassungs- und das Mitbestimmungsgesetz bieten keine Möglichkeiten der „Produktmitbestimmung“. Die Forderung nach der gesetzlichen Einführung der Produktmitbestimmung gehörte daher zum Repertoire der IG Metall Arbeitskreise Alternative Produktion. Nur wenige Produkt-Vorschläge wurden tatsächlich umgesetzt. Am erfolgreichsten waren wohl die Kolleginnen und Kollegen der Husumer Schiffswerft, deren Windräder noch bis 1999 unter dem Namen HSW gefertigt wurden. In diesem Jahr (1999) ging die Werft in Konkurs, da die Windenergiesparte die Verluste im Schiffbau nicht ausgleichen konnte. Auch die Firma Ökologische Technik, eine Auffanggesellschaft die aus der Konkursmasse der HDW-Werft-Hamburg hervorging, produzierte längere Zeit Fahrradständer und bot ein Blockheizkraftwerk an. Diese Firma existiert aber auch nicht mehr.

Die Arbeitskreisbewegung zerfiel im Laufe der 90er Jahre ebenfalls. Die Arbeitskreise lösten sich auf oder hörten einfach auf zu existieren. Außer dem Bremer Arbeitskreis; er wurde zwar am 7. 11. 2003 als Arbeitskreis des Vertrauenskörpers bei Airbus aufgelöst, in anderem Rahmen existiert er aber noch immer, vermutlich als letzter Arbeitskreis dieser Bewegung - isoliert und ohne Zusammenhang. Dabei hatte es in Bremen hoffnungsvoll begonnen: Von 1991-2000 gab es eine vom SPD/FDP/Grünen-Senat beschlossene industriepolitische Konversionsförderung von 25,6 Mill. €, gestützt auf den EU-Strukturfonds, „um die Umwandlung von Rüstungs- in zivile Arbeitsplätze zu fördern“ (TAZ). Zum Konversionsbeauftragten wurde Prof. Wolfram Elsner ernannt. Am Konversionsprogramm hatten sich 60 Betriebsprojekte und Existenzgründer beteiligt. „Fast ein Drittel der Rüstungsbeschäftigten, die...ihren Arbeitsplatz verloren,“ wurden „durch innerbetriebliche Konversion in den zivilen Bereich überführt“ (Elsner). Nach 2000 gaben SPD wie Grüne das Projekt auf, weil sie andere politische

Prioritäten setzten. Auch der Druck von IG Metall und der Friedensbewegung hatte nachgelassen (mehr: [www.bremerfriedensforum.de/pdf/ruestungsstandort\\_bremen\\_broschuere2009.pdf/](http://www.bremerfriedensforum.de/pdf/ruestungsstandort_bremen_broschuere2009.pdf/)).

Einen weiteren Grund für das Ende der Konversions-Idee im Rahmen der IG Metall habe ich schon genannt: Die fehlende Möglichkeit der Beschäftigten über das Produkt mit zu bestimmen. Ein anderer Grund bestand aber auch darin, dass Konversion von Teilen der Beschäftigten abgelehnt und der Sinn alternativer Produkte nicht erkannt wurde. Am auffälligsten war wohl die Reaktion der Bremer MBB-Beschäftigten während des Zweiten Golfkrieges, der mit dem Einmarsch der irakischen Armee in Kuwait begann und dann von Koalitionstruppen unter Beteiligung der britischen Streitkräfte fortgesetzt wurde. Da die Briten auch Tornado-Kampfflugzeuge einsetzten, waren die Bremer Kollegen in der Situation, dass ihre Tornado-Ersatzteile möglicherweise auch im Krieg verwendet würden. Aus diesem Grund verweigerte der Betriebsrat die Leistung von Überstunden zur Produktion von Tornado-Ersatzteilen. Diese Ablehnung führte dazu, dass, aus der Belegschaft heraus, eine Initiative zur Abwahl des Betriebsrates, nach §23 Betriebsverfassungsgesetz, entstand. Dies Initiative war dann so erfolgreich, dass der BR einknickte und nicht mehr über das Thema sprechen mochte. Eine ähnliche Erfahrung machte auch der Hamburger Arbeitskreis bei MBB, nachdem er das Thema Rüstungsproduktion auf die Tagesordnung der betrieblichen Gewerkschafts-Versammlungen (Vertrauenskörper-Sitzungen) brachte. Das Thema wurde einhellig von den Vertrauensleuten abgelehnt, zwar nicht in einem formellen Beschluss, aber verbal dafür sehr heftig.

Dieses Verhalten der Arbeiterinnen und Arbeiter ließ bei vielen der für die Produktkonversion engagierten Kolleginnen und Kollegen das Vertrauen schwinden, dass sich die Beschäftigten der Betriebe moralischer verhalten würden als die Leitungen. Ein zukünftiges sozial-ökologisches Mitbestimmungsgesetz, das auch Produktmitbestimmung beinhaltet, sollte sich daher nicht nur auf die Mitbestimmung der Beschäftigten und deren Gewerkschaften, oder gar deren Selbstbestimmung, stützen. Vielmehr muss es weitere gesellschaftliche Gruppen wie Friedens-, Umwelt- und Nord-Süd-Initiativen einbeziehen, ebenso wie die Anwohner von Betriebsteilen, die ja durch Emissionen und Flächenansprüche beeinträchtigt werden können.

Erfreulich ist, dass viele Produkte, welche die Arbeitskreise damals forderten und entwickelten, inzwischen massenhaft produziert werden, z.B. Windräder und Solaranlagen. Andere sind auf dem Weg, wie Luftschiffe und Windschiffe. Auch viele der ehemaligen Konversions-Kämpferinnen und Kämpfer engagieren sich weiterhin für sozial-ökologische Produkte, in ganz unterschiedlichen Projekten. Von daher war die Aktivität nicht vergeblich, auch wenn sie dem Anspruch, eine Rüstungskonversion in den Betrieben zu erreichen, nicht gerecht wurde.

**Udo Schuldt**, DIE LINKE. Bezirksverband Wandsbek

# Rüstungsschmiede Blohm + Voss

Der ThyssenKrupp-Konzern vollzieht eine historische Umstrukturierung seiner Werftensparte. Er verabschiedet sich (fast) komplett aus dem zivilen Schiffbau. Blohm + Voss bleibt die Zentrale seiner Werftensparte ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS). Diese berüchtigte Werft, die durch die maritime Aufrüstung Deutschlands in hohem Maße die materielle Grundlage für Kaiserreich und Hitlerfaschismus zur Entfesselung zweier Weltkriege schuf, konzentriert sich wieder auf das historische Kerngeschäft: Kriegsschiffe und U-Boote. Hamburg bleibt damit das Zentrum des deutschen Kriegsschiffbaus. Sämtliche Bauvorhaben für Überwasserkriegsschiffe (Korvetten und Fregatten) und U-Boote werden von hier aus gesteuert, TKMS Hamburg wird zur reinen Kriegsschiffswerft.

Durch die Kooperation im militärischen Bereich mit Abu Dhabi Mar (ADM) verspricht sich ThyssenKrupp eine Verbesserung der Vermarktungschancen. ADM übernimmt die Vermarktung im Mittleren Osten und Nordafrika. ADM soll angeblich Verträge über zwei Fregatten aus Algerien im Wert von 2,5 Mrd. € mitbringen. TKMS wird für die deutsche Marine und die NATO zuständig sein. „*Im Tagesgeschäft verbleibt die Kontrolle des Hightechgeschäfts bei TKMS*“. Das Sagen hat trotz gleichberechtigter Führung weiterhin ThyssenKrupp.

Sobald das publik wurde, wiederholte Präsident Sarkozy seinen Vorschlag einer „Marine-EADS“. Deutschland war dazu immer abgeneigt, weil es eine Fusion mit der staatlichen französischen Marine-Werft DCNS ablehnt: Wenn „Marine-EADS“, dann aber bitte unter deutscher Führung. Das zuständige ThyssenKrupp Vorstandsmitglied Atzpodien: „ThyssenKrupp stärkt damit die Werftaktivitäten in Deutschland“. Die Hamburger Handelskammer sieht gar eine Stärkung der Weltmarktposition von Blohm+Voss. Das legt den Schluss nahe, dass Deutschland nach wie vor die Führung im Marineschiffbau Europas anstrebt.

Die aktuelle Auslastung:

a) 2011 Fertigungsbeginn für vier Fregatten der neuen Klasse F 125 für die deutsche Marine (Auslieferung März 2016 bis Dezember 2018). 2007 sind dafür 2,83 Mrd. € beschlossen worden. Dieser neue Schiffstyp ist für weltweite Einsätze auch in rauen Seegebieten konzipiert. Die F 125 kann bis zu zwei Jahre ununterbrochen auf See bleiben. Lediglich die Mannschaften würden etwa alle vier Monate ausgewechselt. Die F 125 soll der „asymmetrischen Kriegsführung“ und der Unterstützung von Spezialkräften dienen. Marineinspekteur Nolting dazu: „Eine Stärke liegt dabei in der Fähigkeit, Operationen in einem Einsatzland mit Wafenerwirkung von See zu unterstützen“ (Strategie und Technik, April 2007). Das bedeutet Beschuss von See an Land. Bewaffnung u.a. ein 127mm-Geschütz, Reichweite bis zu 23 km, ein Mehrfach-Raketenwerfer, bis zu 100 km.

b) Die deutsche Marine fordert den Neubau von sechs Korvetten der Klasse K 131 mit ähnlicher Funktion („Marathon“-Korvetten). Rüstungslobbyisten wie Johannes Kahrs fordern, den Bau um fünf Jahre vorzuziehen, um die Werften auszulasten.

Die komplette Ausrichtung von TKMS auf Rüstung birgt für den Standort Hamburg und seine Beschäftigten eine unsichere Zukunft. Blohm + Voss hält sich seit langem lediglich mit dem Kriegsschiffbau für die Bundeswehr über Wasser. Neben der vagen Ankündigung von ADM über zwei angebliche Fregattenbauaufträge bemüht sich TKMS um einen Fregattenbauauftrag aus Indien über bis zu zwölf Fregatten. Brasilien will für rund 1,5 Mrd. € drei Fregatten kaufen. Wirtschaftsminister Brüderle habe darüber in Brasilien Verhandlungen geführt. Ihre Realisierung würde die Rüstungsspirale im spannungsgeladenen Südasien und -amerika anheizen. Darüber hinaus will Israel zwei Korvetten, die bei Blohm + Voss in Tarnkappenbauweise gebaut werden sollen, geschenkt haben. Die Korvetten sollen mit Abwehrraketen bestückt werden. Da Israel gegenüber dem Iran Angriffsdrohungen ausgesprochen hat, würde ein israelisches Raketenabwehrschutzschild die Kriegsgefahr erhöhen. Allerdings erscheint es allein schon deshalb mehr als fraglich, dass es zu dieser Lieferung an Israel kommt, weil ein Miteigentümer der Bauwerft aus einem arabischen Land kommt.

Der deutsche U-Boot-Bau findet künftig ausschließlich bei HDW in Kiel statt, die auch zu TKMS gehören. HDW ist Weltmarktführer im nicht-nuklear angetriebenen U-Bootbau. Die Auftragsbücher sind bis 2017 gefüllt. Ihr Knüller sind die brennstoffzellenbetriebenen U-Boote 212, die noch leiser sind als atomangetriebene U-Boote. Weil sie die Fähigkeit haben, nach drei Wochen Tauchfahrt in etwa 20.000 km Entfernung erst wieder auftauchen zu müssen, sind sie für Marinen außerhalb der NATO nicht zu orten. Diese U-Boote sind eine strategische Waffe für den Über- und Unterwasserseekrieg, weil sie quasi unverwundbar sind.

Mindestens zwei weitere brisante U-Boot-Exporte stehen auf der Tagesordnung:

1. Pakistan will drei Materialpakete für brennstoffzellenbetriebene U-Boote. Die Bundesregierung ist zur Übernahme einer Hermesbürgschaft über 1,2 Mrd. Euro bereit. Man bedenke: In Pakistan herrscht Bürgerkrieg und die Spannungen mit Indien halten an.
2. Deutschland hat Israels Marine bereits drei U-Boote geliefert, zwei brennstoffzellenbetriebene werden gerade in Kiel gebaut. Sie wurden weitgehend aus dem Bundeshaushalt finanziert. Ein sechstes wird gefordert. Diese brennstoffzellenbetriebenen U-Boote gelten potenziell als Träger atomar bestückter Marschflugkörper. Zudem eignen sie sich zum Erstschatz, weil sie quasi nicht zu orten sind. Geliefert werden dürfte eigentlich gar nicht. Die gültigen Politischen Grundsätze zum Rüstungsexport von 2000: „*Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern wird nicht genehmigt in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht.*“ In Vorbereitung ist jedoch das Gegenteil.

**Lühr Henken**, Vorstandsmitglied im Hamburger Forum e.V., einer der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag

